

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 28

Duisburg, den 9. Juli 1927

28. Jahrgang

Ford's Lohnmotiv und die deutsche Wirtschaft

Man hat dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren etwas arg viel von Amerika vorgeschwärmt. Amerikas blühende Wirtschaft, seine Vereinfachung im betrieblichen Leben, sein Inlandsmarktabsatz, der ungeheure Aufschwung Fords im letzten Jahrzehnt haben deutsche Industrielle, Kaufleute und Wissenschaftler in Menge nach U. S. A. gelockt. Dort sahen sie eine Normierung, Typisierung in größtem Ausmaße, das fließende Band, die rollende Schiene, eine Massenproduktion riesiger Größe, ein gewaltiges Tempo in der Arbeit. Das alles imponierte. Zurückgekehrt wurde das mehr oder weniger in Deutschland in die Tat umzusetzen versucht. Das Wort Rationalisierung wurde Trumpf. Erhöhte Produktion mit verringerter Belegschaftsziffer, steigende Leistung pro Kopf, erhöhte Rentabilität, Steigerung der Papiere an der Börse, alles das haben wir in kurzer Zeit erleben können.

Merkwürdig bei allem war jedoch die Tatsache, daß in Amerika bei der Massenproduktion die Preise in ständigem Sinken begriffen waren, und die Realhöhe des Lohnes stieg, während in Deutschland die Preise entweder stehen blieben oder gar noch anzogen und von einer nennenswerten Steigerung des Reallohnes im allgemeinen nicht gesprochen werden konnte.

Beim Vergleich dieser beiden Tatsachen fiel auf, in wie starkem Maße Amerika den Lohnfaktor als treibenden Motor seiner volkswirtschaftlichen Kräfte eingespannt hatte und wie wenig das in Deutschland geschah.

Die deutschen Gewerkschaften wiesen daher mit immer größerem Nachdruck auf die die Kaufkraft erhöhende Wirkung des Lohnes hin, wodurch die Möglichkeit eines erweiterten Absatzes gegeben sei, ähnlich wie es in Amerika der Fall war, was man allgemein als das „Ford'sche Lohnmotiv“ bezeichnet.

Da begannen aber Unternehmerverbände, Zeitungen und Zeitschriften mit bedenklichem Aufgebot an Kräften darauf hinzuweisen, daß das nicht angängig sei. Man habe wohl an Amerika einen Lehrmeister in der Rationalisierung, Massenproduktion, Leistungssteigerung usw. gehabt, aber Amerika könne keinen Lehrmeister in der Lohnpolitik abgeben, dazu wären denn doch die Unterschiede zu erheblich.

Man ging daran, Unterschiede heraus zu „destillieren“, um der deutschen Wirtschaft plausibel zu machen, daß eine amerikanische Lohnpolitik, Steigerung der Reallohne, zum Verderben der deutschen Volkswirtschaft anschlagen müsse.

In der Nr. 12 vom „Arbeitgeber“ der Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände untersucht. Prof. Dr. von Lyszka unter der gleichnamigen Überschrift dieses Artikels auch eine Anzahl Unterschiede. Zunächst sagt Lyszka, daß die wirtschaftliche Struktur Amerikas von Deutschlands wesentlich verschieden sei. Zugegeben: Amerika hat selbst eine Menge Rohstoffe, die Deutschland einführen muß, sein Innenmarkt ist aufnahmefähiger als der deutsche. Deutschland ist in erheblichem Maße auf den Export angewiesen. Jetzt schließt Lyszka, daß Deutschland Rücksicht zu nehmen habe auf

die Kaufkraft anderer Völker, und der deutsche Unternehmer müsse sich stets fragen, ob eine Lohnerhöhung nicht seine Exportfähigkeit hindere.

Nach dieser Darstellung sollte man glauben, daß Deutschland ein reines Exportland sei. Und doch steht fest, daß bei einer jährlich erzeugten Menge von 60 Milliarden Mark Wert nur 10 Milliarden ins Ausland gehen, die anderen aber auf dem Inlandsmarkte konsumiert werden. Man kann sagen, daß rund 83 Prozent der in Deutschland erzeugten Güter auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden, während nur 17 Prozent ins Ausland gehen und dort gegen ausländische Waren eingetauscht werden.

Wir Metallarbeiter sind die letzten, die nicht den Wert des Weltmarktes zu schätzen wüßten, aber wichtiger auch für die Metallindustrie ist der Inlandsmarkt. Die Störung auf dem Inlandsmarkt in bezug auf den Massenkonsum liegt in der Schwäche der Kaufkraft.

Daß der Zustand der Wirtschaft beider Länder verschieden ist, braucht nicht bestritten zu werden. Krieg und Reparationslasten haben der deutschen Wirtschaft manche Hemmungen auferlegt. Wenn aber Herr Lyszka verschämt fragt: „Wer muß sie in der Hauptsache aufbringen?“ dann dürfte die Antwort doch wohl anders lauten, als erwartet wird. Die Hauptlast aller Reparationen tragen die Konsumenten, auf die alles abgewälzt werden kann und abgewälzt wird. Hat denn die deutsche Wirtschaftsführung so schnell vergessen, was Reich und Länder für sie zur Erleichterung getan haben: die Subventionen, die 700 Millionen „Ruhrspende“, die Zölle usw.? Was hat demgegenüber die Arbeiterschaft z. B. erhalten? Und wenn auf die „Soziallasten“ in Deutschland im Gegensatz zu Amerika hingewiesen wird, möchte sich die deutsche Wirtschaft dann nicht doch vor Augen führen, daß die amerikanische Industrie *relativ* drei bis viermal soviel Steuern aufzubringen hat wie die deutsche und daß letztlich die sozialen Ausgaben nur ein Ausgleich für nicht verausgabte Steuern sind. Hat man denn das letzte große Steuergeschenk so schnell vergessen?

Es muß leider betont werden, daß die deutsche Wirtschaftsführung seit Menschenalteren dazu neigte, vor allem an Löhnen zu sparen, selbst bei Hochkonjunktoren. Welche Glendalöhne herrschten in der Vorkriegszeit z. B. in den Hüttenbetrieben des Saar-gebiets und Oberschlesiens trotz bester Konjunktur? Was man damals mit der durch Obrigkeit und Polizeifädel verstärkten Macht erreichte, suchte man heute anscheinend auf dem Umweg über die „Gewalt der Beweisgründe“ zu erlangen.

Einen sehr merkwürdigen Punkt sucht sich Herr von Lyszka heraus bei der verschiedenen Geistesverfassung der Arbeiterschaft. Nach seiner sehr theoretisch klingenden Meinung ist der amerikanische Arbeiter ein äußerst flinker und geschickter, geistig regsamer Mensch. Dagegen:

Ganz anders ist der deutsche Arbeiter: er ist bei weitem nicht so fit und körperlich gewandt wie auch geistig regsam wie der Amerikaner; mehr schwerfällig, körperlich wie geistig . . . Dieses aber

eignet ihn bei weitem nicht so zum Arbeiter der modernen und ganz mechanisch aufgezogenen Massenfabrikation als den Amerikaner. Er wird diesem hierin stets unterlegen sein, wird nicht das gleiche Pensum in der gleichen Zeit schaffen können. Das muß natürlich im Lohn und sollte auch in der Arbeitszeit zum Ausdruck kommen. Der deutsche Unternehmer, der nur nach Leistung zahlen kann — denn der deutsche Arbeiter muß sich ja seinen Lohn durch seine Leistung verdienen —, woher sollte sonst das Geld kommen —, kann also unter gleichen Bedingungen den deutschen Arbeiter nicht so hoch entlohnen als der amerikanische Unternehmer den amerikanischen Arbeiter.

Wir wissen nicht, wo Herr von Tyszka seine diesbezüglichen Studien gemacht und woher er die Kühnheit nahm, aus vielleicht vorliegenden Einzelfällen eine solche Prognose der deutschen Arbeiterschaft insgesamt aufzustellen. Aber derjenige, der sich nur etwas in einem modernen Betrieb umgesehen hat, lächelt bei einer solchen Darstellungsweise. Herrn Tyszkas Anschauung von der minderen Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters steht nicht allein. Es scheint eine wohlauferogene Campagne dafür einzusetzen. Noch kürzlich glaubte auf der General-Versammlung der Rheinischen Stahlwerke Herr Generaldirektor Haslach darauf hinweisen zu sollen, daß der Arbeitswille und damit die Leistungen der Belegschaft erheblich gesunken seien. Herr Haslach hat es sorgfältig vermieden, Beweise für seine Behauptungen beizubringen. Die Tatsachen reden nämlich eine ganz andere Sprache.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Artikel „Der Kampf um die Arbeitszeit in der Schwerindustrie“ in dieser Nr., der authentisches Material beibringt, das ein wesentlich anderes Gesicht zeigt als Haslachers Darlegungen.

Und dann! Wer hätte denn in den letzten dreißig Jahren die deutsche Industrie hochgebracht, wenn man nicht eine so intelligente und fleißige Arbeiterschaft an der Seite gehabt hätte?

Wäre der Aufstieg der deutschen Maschinenindustrie überhaupt denkbar gewesen ohne diese deutsche Arbeiterschaft?

Gibt unsere deutsche Serienarbeit auch nur etwas der amerikanischen nach?

Wenn Herr von Tyszka pathetisch anruft: „Lohn und Leistung müssen in Einklang stehen, sonst kommt unsere Wirtschaft nicht weiter“, so sind wir durchaus mit ihm einer

Meinung. Dann müßte sofort der Lohn der Arbeiterschaft in der deutschen Wirtschaft um ein erhebliches gesteigert werden, wenn er der Leistung entsprechen sollte. Mit Ausnahme sehr weniger Industriezweige hinkt der Lohn beträchtlich hinter der Leistung her. Der ganze Effekt der Mehrleistung wird heute abgebogen in der Richtung auf die Steigerung der Kapitalrente, aber nicht in der Richtung auf den Lohn.

Vergessen aber bei den Aufzählungen über die Unterschiede zwischen Amerika und Deutschland wird von Unternehmerseite sehr gerne ein Punkt, — nämlich die unterschiedliche Behandlung. Prof. Dr. Ing. Müller (Berlin), von einer längeren Studienreise aus Amerika zurückgekehrt, schreibt in der „Kölnischen Ztg.“ über „Soziale Rationalisierung“ und sagt u. a.:

Die Industrie (die amerikanische — Die Red.) besitzt aber auch ein großes Verständnis für die Psyche der Arbeitnehmerschaft, viele Fragen werden verhältnismäßig leicht und in einer beide Teile befriedigenden Weise geregelt; ich erinnere nur an die Betriebsräte, den Achtstundentag, die Frage der Ueberstunden und vieles andere, Probleme, deren Lösung bei uns die größten Schwierigkeiten bereiten. Die Industrie sucht mit allen Mitteln, den Arbeiter zu einem arbeitswilligen Mitglied ihrer Betriebsorganisation zu machen, nicht nur durch hohe Löhne, sondern auch dadurch, daß sie ihm eine Mitwirkungsmöglichkeit im Betrieb gibt: die Betriebsräte und zahlreiche Arten der Sozialversicherung sind freiwillig eingeführt. Neben der

technischen und organisatorischen Rationalisierung, die von der Industrie zur Zeit mit großer Energie betrieben wird, brauchen wir die soziale Rationalisierung, d. h. ein Zusammenarbeiten aller Wirtschaftsfaktoren, den Dienst des einen am andern. In Europa ist man geneigt, das Fabrikationsproblem nur als rein organisatorisch-technisches zu betrachten; in Wirklichkeit umfaßt es aber neben diesem noch ein persönliches soziales.

Vielleicht zeigt das deutsche Unternehmertum für diese Punkte einmal etwas mehr Interesse und sucht auch darin dem amerikanischen Unternehmertum zu folgen. Dann wäre doch manches besser.

Für die Metallarbeiterschaft aber mag der geistige Kampf um Wert und Geltung des Arbeiters, der im Grunde von Unternehmerseite aus geführt wird unter dem Gesichtswinkel von Lohn und Arbeitszeit, ein Mahnzeichen sein, stets sich auf dem Posten zu befinden. Wer sein Recht im Wirtschaftsleben vertreten will, muß eine Macht sein.

G. W.

Wir Arbeiter

Johannes Heinrich Braach

*Sprühende Spritzer, glimmendes Eisen,
Jucken der Räder, rasendes Kreisen,
Bruder, wir hämmern die Achse der Welt,
Erde, was wärst du, wenn Fäuste nicht wären,
zeugen Fierde zu deinen Altären,
schmieden die Egge, die Felder bestellt.*

*Spulen sausen durch Maschen und Zwirne,
flammende Farben wie funkelnde Firne,
knarrender Bolzen, knirsch ades Scheit.
Bruder, wir weben des Himmels Bahnen,
wirken der Völker Feste und Fahnen,
bilden und bauen die Maske der Zeit.*

*Worte in Kästen, greifendes Fassen,
Formen verbinden, Messen und Passen,
Bruder, wir setzen so Ehre wie Recht,
Leben und Schaffen Werte erstreben,
Seele und Körper der Arbeit geben,
Bruder, wir zimmern der Zukunft Geschlecht.*

Rationalisierung und Lohngestaltung

I.

Jammer mehr zeigt sich, daß die heutige Rationalisierung noch gar nicht den notwendigen Niederschlag in der Lohngestaltung gehabt hat. Von Unternehmerseite wird immer darauf hingewiesen, daß man das Ergebnis der Rationalisierung erst abwarten müsse, daß ferner die Reparationslasten die Auswirkung der Rationalisierung hintanhielten. In gewissem Umfange mag das zutreffen, andererseits aber ist es doch sehr verwunderlich, daß so schwere finanzielle Erfordernisse, wie sie die kontinentale Kohlstahlgemeinschaft an Deutschland stellt, getragen werden, ohne viel Aufsehens darum zu machen. Eine ähnliche Belastung etwa durch Löhne würde das ganze Unternehmertum auf den Plan rufen. Prof. Dr. Theodor Brauer hat uns nun seine Ansicht zur obigen Fragestellung in einem Artikel mitgeteilt. Wenn wir bei Brauer wissen, daß sein Herz nach wie vor für die Arbeiterschaft schlägt, so wissen wir aber vor allem seine Objektivität in wirtschaftlichen Fragen zu schätzen. Daran hindert nicht, daß man bei einigen Nuancierungen dieses Artikels, wie z. B. bei der Lohnpolitik der Gewerkschaften, nicht ganz mit ihm konform gehen kann, sondern vor allem dabei auch den Druck des Unternehmertums stärkstens mitberücksichtigen muß.

Die Red.

Hat die Rationalisierung ihren Ausdruck in einer entsprechenden Lohngestaltung gefunden oder nicht? Die Frage kann nur von Fall zu Fall beantwortet werden. W. Gombart hat eine Gesamtrechnung aus den allerdings nur wenigen, für diesen Zweck verwendbaren Zahlen aufgemacht. Daraus würde sich ergeben,

daß die Kaufkraft der Lohnarbeiter bis zum Weltkrieg im gleichen Verhältnis zur kapitalistischen Produktion gestiegen sei, daß also Steigerung der Produktivität der Arbeit und Steigerung des Reallohns einander genau entsprechen. Zugleich berechnet er allerdings auch, was für unsere späteren Erörterungen von Bedeutung ist, daß die Steigerung der Profite größer gewesen sein muß als die Steigerung der Arbeit; auf den einzelnen Arbeiter berechnet, sei es der Kapitalistenklasse gelungen, mehr zu verdienen, als der Steigerung der Produktivität entsprechen würde, und zwar soll dieser Extraprofit aus dem Austausch mit nicht kapitalistischen Wirtschaften (Bauern, Groten) stammen.

Nehmen wir an, daß die Gombartsche Berechnung der Ueber-einstimmung von Steigerung der Arbeitsproduktivität und Entwicklung des Arbeitslohns richtig sei, so gilt sie, wie gesagt, doch nur bis zum Weltkrieg. Nun ist aber das Höchstmaß der Rationalisierung neueren Datums; die Nachkriegs-Rationalisierung bedeutet etwas völlig Neues sowohl in ihrer Art als in ihren Ergebnissen. Sind die letzteren dem Arbeiter zugut gekommen? Wir wissen nur eins: die Arbeiterschaft als Ganzes genommen hat

die Opfer der Rationalisierung tragen müssen, Opfer in der Form erhöhter Arbeitslosigkeit, zunehmender Unsicherheit der Existenz, Opfer vielfach in der Form entwerteter Arbeitsqualifikation oder in der anderen, die in zunehmender Mechanisierung den Druck der Arbeit auf Vollpersönlichkeiten bis ins Unerträgliche hinaufreibt. Die Preisentwicklung der Fertigwaren gibt der Vermutung Raum, daß die Wirkungen der Rationalisierung vor ihrer Erfüllung im Lohn aufgefangen worden sind: man hat sie auf dem Wege zu ihrem Ziel abgehoben. Es sind Situationen der Wirtschaft denkbar, von denen man im Anschluß an Combart sagen kann, daß sie nicht im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründet seien. Eine solche Situation ist beispielsweise dann gegeben, wenn bei steigender Produktivität der Arbeit die Preisbildung noch größtenteils in Anlehnung an die früheren Produktionsbedingungen erfolgt. Diese Lage scheint jetzt gegeben zu sein. Daher denn auch die Notwendigkeit, das vor uns liegende Problem nicht in Absehung von „Zeit und Raum“ zu prüfen, sondern bei der Prüfung die gegebene Sachlage zum Ausgangspunkt zu nehmen.

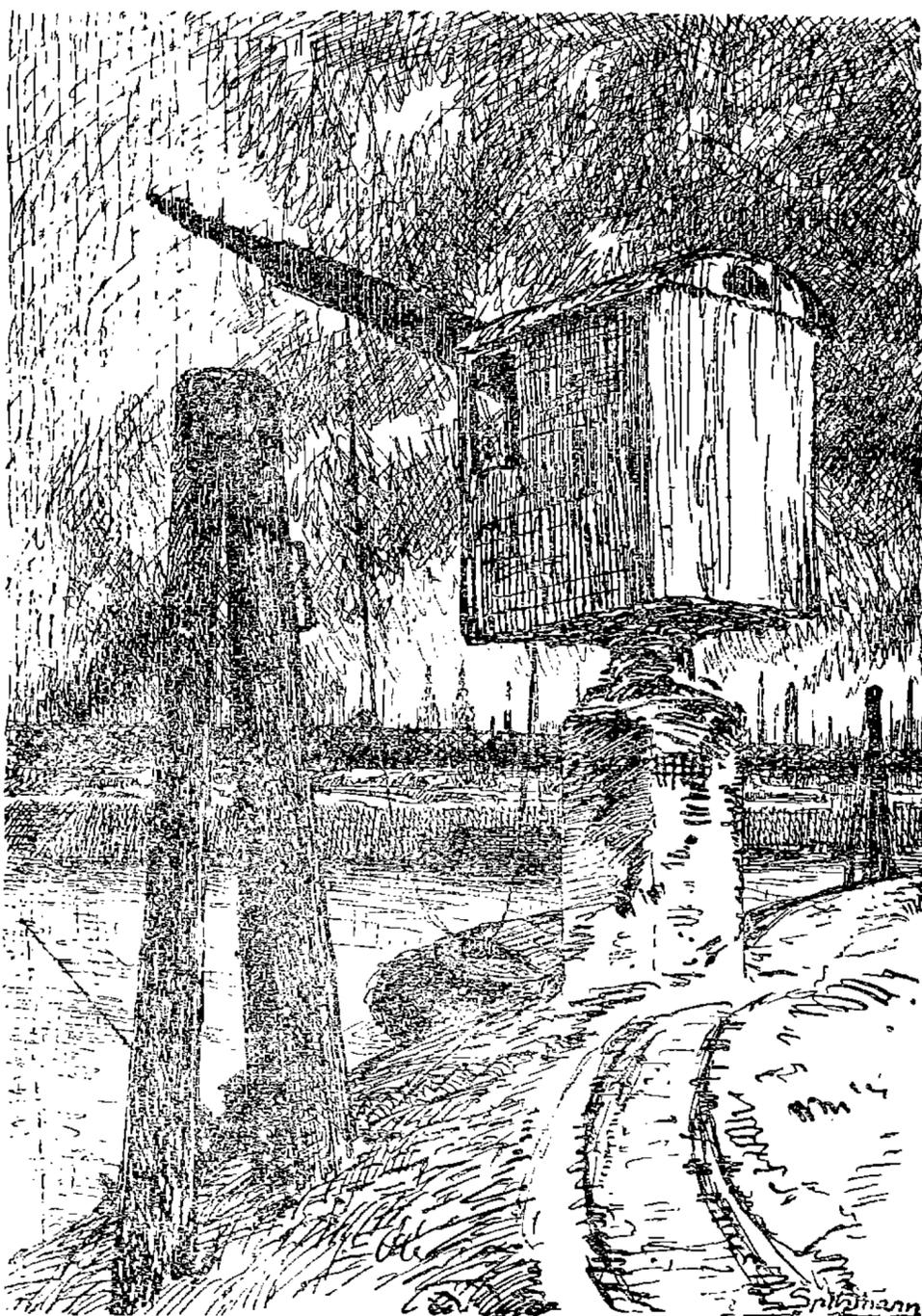
Eine Lohnerhöhung unter solchen Umständen, die regulativ wirken würde durch Druck auf die Preisbildung zur Anpassung an die erhöhte Produktivität der Arbeit, wäre in der Tat geeignet, einen toten Punkt in der Wirtschaft zu überwinden. Sie würde der Erschwerung des Absatzes entgegenwirken durch Ermöglichung des Verkaufs sonst unerkäuflicher Erzeugnisse und damit der rationellsten Verwertung des Anlagekapitals dienen. Relative Lohnerhöhungen dieser Art wirken somit ohne jeden Zweifel günstig auf die materielle Kaufkraft und Gestaltung des Binnenmarktes ein. Muß sich aber nicht die Rationalisierung, d. h. die gestiegene und steigende Produktivität der Arbeit, auf die Dauer zwangsläufig auf Lohngestaltung bzw. Preisbildung auswirken? Ist nicht insbesondere die Combartsche Feststellung der gleichlaufenden Entwicklung von Produktivität und Lohngestaltung der überzeugendste Beweis für solche Zwangsläufigkeit? Man wird zugeben können: auf die Dauer, ja! Allein, was heißt das im Grunde genommen: „auf die Dauer“? In kritischer Situation sind säkulare Betrachtungen ein geringer Trost. Wir stehen den Schwierigkeiten jetzt gegenüber und müssen sie jetzt zu überwinden suchen. Wodurch sie verursacht werden, ist bekannt:

Die Rationalisierung wird durch Kartellierung und Syndizierung abgehoben zugunsten einer relativ sicheren Rentabilität, welche die Produktionskosten auf einer wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Höhe erhält. Nach dem, was bei uns in Kriegs- und Inflationszeit vor sich gegangen, war erstes Gebot der Rationalisierung die Säuberung der Gesamtwirtschaft von dem Ballast der überzähligen Betriebe. Diese Säuberung ist nun aber zu einem wesentlichen Teile nicht im harten Ausleseprozeß der freien Konkurrenz erfolgt, sondern durch Quotenaufkauf seitens der leistungsfähigeren Betriebe innerhalb von Kartellen und Syndikaten sowie Renten-

abfindung der Vorbesitzer der etwa stillgelegten Betriebe. Auch hier kann man wiederum sagen: Das liegt nicht im Wesen der Vergenossenschaftlichung.

Zu welchen Ausartungen der Quotenaufkauf an sich führen kann, das beweisen die Vorgänge im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, die sich an den Namen Petzsche knüpfen, mit ihrer geradezu schwindelerregenden Kurssteigerung, die nicht nur ein ganz falsches Bild von der tatsächlichen

Lage des Gewerbezweiges gibt, sondern vor allem zwangsläufig die Preisbildung mit unerträglichen Kosten belastet. Unter solchen Umständen, bei denen sich krasseste Händlerinteressen austoben, wird die Rationalisierung verzerrt, wenn nicht in ihren Wirkungen überhaupt illusorisch gemacht. Ein anderes Beispiel bietet die Art, in der die Interessenkäufe der Industrie in Form von „Paletläufen“ Rationalisierung betrieben. Ergebnis: wilde Hanse selbst auf ganz unbeteiligten Gebieten mit nachfolgendem Lorenkrach. Das ist, jedenfalls von der Allgemeinheit aus gesehen, Rationalisierung mit negativem Vorzeichen. Wenn darauf hingewiesen wird, daß für den anlageintensiven Betrieb nur von einer verhältnismäßig hochliegenden Umsatzziffer ab eine Rentabilität herauszuwirtschaften sei, so ist das natürlich zuzugeben. Allein gerade deswegen sollte mit allen Mitteln nicht nur technischer und wirtschaftlicher Rationalisierung, sondern auch der Kaufkraftsteigerung auf dem Wege einer der steigenden Produktivität genau folgenden steigenden Lohngestaltung ein Massenumsatz gesichert werden. Dieser Weg ist allerdings weniger bequem, als der Quotenaufkauf mit Rentenabfindung, weil er



Spitzmann

Am Hafen

größeres Risiko in sich birgt. Jedenfalls aber stimmt er ganz anders mit der Funktion des „Unternehmers“ im Sinne einer dynamischen Wirtschaftsauffassung überein.

Zu der Versteifung der Verhältnisse trägt freilich auch die Lohnpolitik der Gewerkschaften bei. Den Lohnmaßnahmen der Gewerkschaften fehlt namentlich in unserer Frage die Elastizität in der Anpassung an die Entstehung und Entwicklung von Differenzial- oder Vorzugsrenten für alle Unternehmungen, deren Kosten unter den Kosten der am teuersten produzierenden „Grenzproduzenten“ liegen, da die Kartellierung die Kosten des letzteren zum Ausgangspunkt für die Preisbildung erhebt. (Siehe Vorbemerkung. Die Red.) Das Problem des gewerkschaftlichen Zugriffs auf die Differenzialgewinne ist, das sei ohne weiteres zugestanden, außerordentlich schwierig, aber unlösbar ist es nicht. In seiner sehr lesenswerten Schrift „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?“ sagt Lampe wörtlich:

„Es ist vom Standpunkte sozialer Betrachtung aus sehr zu bedauern, bleibt aber dessenungeachtet ein unumstößliches wirtschaftliches Faktum, daß die „großen Unternehmergewinne“ infolge ihrer „rentenartigen Einlagerung in den Preismechanismus“ dem Zugriff der nach höherer Lebenshaltung strebenden Arbeitnehmer unzugänglich sind.“

Wenn ich Lampe richtig verstehe, scheint er diese Auffassung damit begründen zu wollen, daß er Lohnbewegungen, die

auf die Differentialrente spekulieren, für unmöglich hält: kein Gewerkschaftsführer, meint er, würde behaupten wollen, daß partielle Lohnerhöhungen, wie sie sich aus solchen Lohnbewegungen ergeben würden, möglich seien: „Verschiebungen im Arbeitsangebot würden über kurz oder lang die Teilerfolge der Arbeitnehmer hinfällig machen.“ Als einzigen Ausweg gegen die letztere Möglichkeit scheint er die örtliche Bindung der minderbezahlten Arbeitskräfte zur Hintanhaltung eines Ueberangebots an Arbeitskräften anzusehen. Darauf ist zu sagen, 1., daß so die Frage doch allzu sehr mechanisch angepackt ist. Es handelt sich doch um die Ausnutzung von prinzipiell vorübergehenden Sonderkonjunkturen, so elastisch ist der Arbeitsmarkt nicht, daß eine Schlag auf Schlag folgende, sich jeweils den doch nur punktuellen Möglichkeiten anpassende Verschiebung im Arbeitsangebot zu erwarten wäre. Zu erwidern ist 2., daß, indem die Tariffsätze prinzipiell zu Mindestsätzen erklärt werden, prinzipiell auch heute schon ein Zugriff auf

die Differenzialrente und damit eine partielle Lohnerhöhung möglich ist. Allein das Hinausgehen über die Tariffsätze, wo es wirklich vorkommt, ist weder als systematisches Vordringen zu der Vorzugsrente gedacht, noch wird es als solches durchgeführt. Hindernd steht im Wege eine wirtschaftlich gesehen, durchaus falsche Solidaritätsauffassung, die in Lohngleichmacherei das Heil sieht. Man sollte aber doch bedenken, daß mit der Erklärung der Tariffsätze zu Mindestsätzen grundsätzlich bereits der Boden dieser Solidaritätsauffassung verlassen ist. Es liegt mir nichts ferner als hier eine Debatte über das Problem des richtigen organisatorischen Aufbaus der Gewerkschaften zu entfesseln — frühere Erfahrungen verlocken wirklich nicht dazu —. Der Hinweis jedoch muß aus den vorstehenden Schlussfolgerungen gezogen werden, daß auf die Dauer in irgend einer Form eine organische Verbindung der Gewerkschaft mit dem Betriebe hergestellt werden muß.

Prof. Dr. Brauer, Karlsruhe.

Um den Achtfundentag in der Schwerindustrie

Bekanntlich fand am 13. März dieses Jahres unsere Reichsdelegiertenkonferenz statt, die sich mit der Arbeitszeit in der eisen-schaffenden Industrie befaßte und einen lebhafte Widerhall in der deutschen Eisen- und Metallindustrie fand. Das Ergebnis dieser Konferenz war der Beschluß, dem Reichsarbeitsministerium einen Antrag zu unterbreiten, wonach der Reichsarbeitsminister auf Grund des Par. 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 die achtfundentägige Arbeitszeit in allen dafür geeigneten Betriebsabteilungen auf dem Wege der Verordnung einführen möchten. Das Reichsarbeitsministerium hat sich mit der Erledigung dieses Antrages seine Zeit gegönnt, daher möchten wir dringlich an die Erledigung dieser Angelegenheit erinnern, zumal am 15. Juni das Arbeitszeitabkommen mit der Nordwestgruppe gekündigt wurde und am 1. August 1927 abläuft.

Der einmütige Wille der drei Metallarbeiterverbände ist, kein Arbeitszeitabkommen mehr abzuschließen oder anzuerkennen, aus dem nicht von diesem Zeitpunkte der dreigeteilte Schicht in den Thomaswerken, Martinwerken, Walzwerken, Agglomerieranlagen, Hammerwerken, Zementwerken und die restlichen Belegschaften am Hochofen, welche bei der Verordnung von 1925 angenommen wurden, erkennbar ist.

Ob schon unsere Eingabe vom 13. März 1927 eingehend begründet war, möchten wir noch einige neue Zahlen anführen, welche die Lage der Wirtschaft beleuchten. Bei einem Werk in Mülheim an der Ruhr, welches keine Hochofen hat, betrug die Produktion in der Abteilung Stahlwerk:

Jahre	Quartal	Gesamtproduktion in Tonnen	Arbeiterzahl	Leistung pro Mann i. Monat in Tonnen
1924	3.	40 411	580	23,2
1926	3.	38 605	282	45,5
1927	1.	39 839	287	45,8
Abteilung Blechwerk				
1924	3.	21 555	2040	3,5
1926	3.	27 508	1882	5,0
1927	1.	29 839	1013	11,52
Abteilung Eisenwerk				
1924	3.	24 398	780	10,1
1926	3.	27 123	661	13,6
1927	1.	28 542	630	15,2
Abteilung Rohrwerk				
1924	4.	23 803	2158	3,6
1926	4.	32 648	2059	5,2

Ein Hüttenwerk in Duisburg mit Hochofen zeigt folgendes Bild:

Jahr	Produktion in Tonnen	Arbeiterzahl	Leistungen je Kopf und Schicht in Tonnen	Lohn für 1 t Produktion M
Abteilung Thomaswerke				
1913	42 000	395	4,4	1,30
1921/22	38 000	480	3,0	—
1924/25	49 000	335	6,2	1,70
1927	56 000	315	7,8	1,50
Abteilung Martinwerke				
1913	15 000	258	2,0	3,—
1921/22	19 000	430	1,5	—
1924/25	22 000	308	2,8	3,22
1927	26 000	226	4,5	2,50
Abteilung Blockstraße				
1913	42 000	100	18,2	0,57
1921/22	38 000	149	11,3	—
1924/25	54 000	87	26,0	0,55
1927	68 000	84	31,0	0,50
Abteilung Stabstraße				
1913	16 500	600	1,5	6,—
1921/22	21 000	760	1,2	—
1924/25	28 000	610	1,7	6,10
1927	29 000	620	1,9	4,50

Dieses Werk ist ein normales Werk, welches einen sicheren Maßstab für die Beurteilung der Gesamtwerke abgibt. Bei den ganz modernen Werken liegen diese Zahlen noch erheblich günstiger, was man aus nachfolgendem erkennen kann. Die Gesamtproduktion betrug:

Abteilung Hochofen	Thomaswerk So.	Martinwerk So.
1913 pro Monat	64 487	52 873
1926 im Okt.	121 939	108 773
1927 im März	172 727	126 016
Abteilung Walzwerk		
Blockstraße	So.	So.
1913 pro Monat	59 718	64 102
1926 im Okt.	104 239	131 161
1927 im März	122 965	152 468

Allgemein sei bemerkt, daß die Verkaufspreise für Stabeisen im Großhandel von 172 pro Tonne im Januar 1927 auf 178 M im Monat Mai gestiegen sind. Der Inlandsmarkt verbraucht zu diesen Preisen über 85 Prozent der Produktion, welche betrug:

	Roh Eisen	Rohstahl	Walzwerks- erzeugnisse
	Lo.	Lo.	Lo.
früheres Reichsgebiet im Jahre 1913	19 309 000	18 935 000	16 699 000
heutiges Reichsgebiet im Jahre 1913	10 907 000	12 168 000	10 973 000
im Jahre 1925	10 177 000	12 195 000	10 246 000
im Jahre 1926	9 644 000	12 342 000	10 276 000

Zur Zeit sind auch diese Zahlen wieder erheblich überschritten. Durch die stete Steigerung der Produktion fällt der Lohnanteil außerordentlich, so daß bei einem großen Hüttenwerk bei Zugrundelegung der Gesamtproduktion der Lohnanteil im Dezember 1926 4,27 M pro Tonne und im Februar 1927 nur noch 3,89 M ausmachte, ohne daß der Verdienst für die einzelnen Arbeiter beeinträchtigt wurde.

Ein anderer Gesichtspunkt ist die Frage, ob bei der Beibehaltung der Zwölfstundenschicht den Arbeitern und Unternehmern ein dauernder Nutzen zufließt? Wir möchten die Frage verneinen, denn die Ausländer, bei denen in der eisenerzeugenden Industrie eine achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, werden immer auf die deutschen Verhältnisse hinweisen und die Arbeitszeitunter-

schiede solange bekämpfen, bis auch dort die lange Arbeitszeit wieder eingeführt wird.

Ganz besonderes Interesse dürften die Verhältnisse im Saargebiet verdienen. Nach unseren Beobachtungen haben die Arbeiter des Saargebietes die Befürchtung, wenn sie wieder dem Reichsgebiet angeschlossen werden, den Achtstundentag zu verlieren. Viele Anfragen liefen in der letzten Zeit bei uns ein, wie es im Reiche mit der Arbeitszeitfrage stünde. Aus den Schreiben war der Unwille gegen den Anschluß an das Reich wegen der langen Arbeitszeit deutlich erkennbar.

Wir erwarten nunmehr ein Handeln der amtlichen Stellen. Bis zum 1. August muß etwas geschehen, sonst sind wirtschaftliche Erschütterungen schlimmster Art zu befürchten, welche auch von unserem Verbands nicht zurückgedrängt werden können.

Unsere Kollegen in der eisenschaffenden Industrie aber muß das alles ein Mahnzeichen sein, mit allen Kräften in der Agitation fortzufahren. Mehr als je ist es für die Arbeiter der Schwerindustrie notwendig, die Gleichgültigkeit und die Lethargie abzuschütteln und als Männer der Tat zu zeigen, wie sie ihre Interessen vertreten wollen. Das Unternehmertum hat auf der ganzen Linie mobil gemacht, es liegt an der Arbeiterschaft, ob sie sich ihr Recht erringen will.

Joh. Burgartz.

Monopolkämpfe auf dem Weltmarkt

Der Weltkrieg erbrachte den Beweis, daß der Besitz der Rohstoffe ein unentbehrlicher Faktor ist. Cecil Rhodes, Englands größter Kolonistator des 19. Jahrhunderts, hat das früh erkannt und seinen Landsleuten warnend zugerufen: „Ausdehnung ist alles“. England ließ sich das nicht zweimal sagen. Es hat in seinen Kolonien und Dominionen eine Anzahl Rohstoffe und diese Rohstoffe sucht es mit möglichst großem Gewinn an den Mann zu bringen. Die anderen müssen eben kaufen, weil sie die Rohstoffe notwendig haben. Gleicherweise verfügen Nord- und Südamerika auch über Rohstoffmonopole.

Die letzten Jahre haben nun gezeigt, daß der Besitz eines Rohstoffmonopols allein nicht genügt, um auch eine für die Produzenten befriedigende Preisgestaltung zu gewährleisten. Sei es, daß auf der einen Seite technische Umwälzungen die Nachfrage plötzlich beeinträchtigen — was verhältnismäßig selten vorkommt —, sei es, daß auf der anderen Seite eine unerwartet stark anschwellende Erzeugung auf die Nachfrage drückt, jedenfalls sind Beispiele genug vorhanden, die beweisen, daß die durch eine Monopolstellung bedingte Einseitigkeit oft die erwarteten Vorteile hinfällig werden läßt. Zu den modernen Waffen der Monopolpolitik gehört die Valorisation. Es ist dies ein Begriff, der in Vorkriegsvokabularien der Wirtschaftswissenschaft verhältnismäßig selten vorkam. Man versteht darunter, so sagt Robert Arzet im „Heimatsdienst“, den Versuch bestimmter Interessentengruppen oder öffentlicher Stellen, die Preislage eines Rohstoffes durch künstliche Maßnahmen zu beeinflussen. Verschiedene Wege können zu diesem Ziel führen. Durch eine geschickte Marktpolitik läßt sich das Angebot in einem Produkt der schwankenden Nachfrage anpassen. Dies setzt die finanzielle Möglichkeit einer Zurückhaltung vorhandener Vorräte voraus. Besonders Kaffee ist auf diese Weise wiederholt mit mehr oder weniger Erfolg valorisiert worden, und, um schon hier darauf hinzuweisen, es gehört zu den Treppentritten der Weltwirtschaft, daß sich Amerika, als der Hauptabnehmer von Kaffee, in der letzten Zeit bereit gefunden hat, an der Heraussetzung der Preise durch Gewährung einer Anleihe mitzuwirken! Eine weitere Möglichkeit der Valorisation ist die Einschränkung der Erzeugung durch Verringerung der Anbaufläche oder durch andere die Verminderung der Produktion erzielende Mittel.

Wir wollen hier einige wichtige Rohstoffe Revue passieren lassen, die zu Valorisationszwecken benutzt werden. Da ist zunächst die Baumwolle.

In die neue Zeit fallen die Versuche, der seit Juli 1926 stark sinkenden Tendenz der Baumwollpreise Einhalt zu gebieten. Hier haben in früheren Jahren der Küffelkäfer und eine ausreichende Beschäftigung der Baumwollindustrien für Korrekturen in der Marktgestaltung gesorgt. Im vergangenen Jahr arbeiteten sich diese beiden Faktoren keineswegs in die Hände; im Gegenteil. Der Küffelkäfer — ein beliebtes Spekulationsobjekt der Baumwollhändler — verhielt sich recht zahm, während auf der anderen Seite die Verwendung von Baumwolle infolge der allgemeinen Krise und der weitgehenden Geschmacksumstellung der Verbraucher (Bevorzugung von Kunstseide) eine starke Einschränkung erfuhr. Der Preissturz von Baumwolle ist für die Weltwirtschaft von weit größerer Bedeutung als die rückläufige Bewegung einzelner Kolonialwaren. Amerika hat für dieses Produkt faktisch ein Monopol, wenn auch gewisse Qualitäten der ägyptischen Baumwolle bevorzugt werden. Die erste Valorisation setzte im September/Oktober 1926 ein. Sie beschränkte sich aber zunächst auf langwierige Verhandlungen zwischen der Regierung und den Finanzkreisen und schließlich wurden den Farmern Kredite zur Verfügung gestellt, welche die Zurückhaltung von etwa vier Millionen Ballen ermöglichten. Indessen muß berücksichtigt werden, daß auch schon in früheren Jahren eine gewisse Erntefinanzierung stattgefunden hatte. Das Ackerbauministerium hat sich vergeblich bemüht, zunächst moralischen Einfluß im Sinne einer Unbaubeschränkung auf die Farmer auszuüben. Weiter wird die Einflußnahme der Regierung auf die Produzenten auch in Zukunft nicht gehen.

Die Kautschukvalorisierung bietet das ausgeklügeltste Beispiel einer Rohstoffkontrolle. Die Umstellung der Weltwirtschaft vom brasilianischen Kautschuk, der seinerzeit der wichtigste und steuerlich einträglichste Rohstoff des Landes war, auf Plantagenkautschuk ist ein beinahe tragisches Kapitel; die Preisbewegung dieses Rohstoffes fällt völlig aus dem Rahmen der sonst bekannten Preisschwankungen heraus. Es war ein bedeutender Zufall, daß parallel zur außerordentlichen Erweiterung der Produktionsbasis auf den Malaien die sprunghafte Entwicklung der Automobilindustrie lief. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß der Produktion eine einigermaßen entsprechende Nachfrage gegenüberstand und so zunächst eine dauernde Depression der Preise vermieden werden konnte. Trotzdem kam es in den letzten Jahren zu einem Preisdruck, der vielen Plantagen das Arbeiten nicht mehr möglich machte. Hier setzte dann die Politik des Colonial Office ein, und heute ist durch ein gut ausgearbeitetes System der Exportkontingentierung, verbunden mit einer Steuer,

scheinbar dafür gesorgt, daß der Preis sich nicht wesentlich von der im Dezember 1926 erreichten Basis von 1 s 6 d bis 1 s 9 d (1 Schilling 6 Pence gleich 1,50 M) pro engl. Pfund entfernen wird. Die starken Schwankungen der Gummipreise haben im vergangenen Jahr die Verbraucher in den Vereinigten Staaten aufgerufen. Abgesehen davon, daß in Mittelamerika, auf den Philippinen und auf Borneo amerikanische Plantagen gegründet worden sind, befaßt man sich wieder mit dem Problem des künstlichen Kautschuks, das bekanntlich durch deutsche Forscher, insbesondere durch den Direktor des Kohlenforschungsinstituts zu Breslau, Professor Hoffmann, in den letzten Jahren wesentlich gefördert worden ist. Immerhin dürfte auf der heutigen Preisbasis der künstliche Kautschuk noch nicht in den Wettbewerb mit dem natürlichen Produkt treten können.

Eine ähnliche Enttäuschung wie auf dem Baumwollmarkt erfuhren die Amerikaner auf einem anderen Gebiet, auf dem sie sich in Monopolstellung dünkten, nämlich auf dem Kupfermarkt. In den Jahren 1924 und 1925 ist trotz der beispiellosen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Wirtschaft für dieses Metall ein Preisstand erreicht worden, der bei vielen Gesellschaften die Unkosten nicht mehr deckte. Gleichzeitig entstanden der amerikanischen Kupferindustrie Außenseiter in Afrika (Katanga), während andere Konkurrenten in Südamerika noch rechtzeitig ungeschädlich gemacht werden konnten.

Da die gesetzlichen Bestimmungen in den Vereinigten Staaten einer eigentlichen Kraftbildung im Wege stehen, hofften die amerikanischen Produzenten eine bessere Marktkontrolle durch Schaffung eines Ausfuhrkartells und durch Fühlungnahme mit den konkurrierenden Kupfergruben zu erreichen; doch erwiesen sich die Marktverhältnisse als überlegen, und die Jahreswende brachte einen neuen, bis dahin noch kaum erreichten Tiefstand der Kupferpreise.



Ubbelohde

Droben steht die Kapelle

Der Zusammenschluß der wichtigsten Silberproduzenten der Vereinigten Staaten und Kanadas zu der American Silver Producers Association kann ebenfalls als ein erster Versuch einer Valorisierung für dieses stark im Preise gedrückte Metall betrachtet werden. Originell ist der Plan, der jüngst zur Kontrolle der Goldpreise publiziert worden ist. Die Eigenart des Goldes als Ware und als Währungsmetall bedingt naturgemäß eine völlig anders geartete Einstellung zur Preisfrage. Die Gelehrten sind sich über die Zukunft des Goldes nicht einig. Während der eine der Ansicht ist, daß die Möglichkeit einer Goldverknappung, d. h. eines Steigens des Goldpreises besteht, glauben andere Sachverständige eher an einen Goldüberfluß und eine Baissa des gelben Metalls; sie verlangen Schutz der südafrikanischen Produzenten. So plädiert der südafrikanische Professor Lehfeld für die Errichtung einer Kontrollstelle im Goldhandel, ähnlich der auf dem Diamantenmarkt bestehenden.

Welche Forderungen ergeben sich nun für Deutschland aus diesen Kämpfen um die Rohstoffbeherrschung? Es besteht kein Zweifel, daß der Mangel an wichtigen Rohstoffen den Erfindergeist der deutschen Forscher außerordentlich gestärkt hat. Synthetischer Kautschuk ist, wie bereits erwähnt, von deutschen Gelehrten erfunden worden, und viele Anfragen aus Amerika beweisen, daß man auf spätere industrielle Verwertung der deutschen Patente Hoffnungen setzt. Der Kampf um das Del scheint ebenfalls in ein neues Stadium zu treten. Gelingt es in Deutschland, die Kohlenveredelung in großem Maßstab durchzuführen, so wird Deutschland allmählich eine gewisse Unabhängigkeit von den internationalen Delmärkten erlangen. Dem Streben nach Unabhängigkeit von fremder Willkür ist jedoch eine Grenze gesetzt, besonders hinsichtlich der Nahrungs- und Genussmittel.

R. Arzet.

Man muß flagen, etwas bleibt hängen

So denken vielfach die Unternehmer, wenn sie auf die „überspannten Soziallasten“ hinweisen. Und da sich mit Zahlen trefflich operieren läßt, werden immer und immer neue Statistiken aufgemacht, worin die Untragbarkeit der sozialen Lasten nachgewiesen werden soll. Am liebsten vergleicht man die Summe der Soziallasten von 1913 mit der von 1926, die natürlich höher ist.

Warum sie höher ist, höher sein muß, wird nicht ausgeführt, denn dann würde das Geschrei von den überspannten, untragbaren Soziallasten nicht mehr beweiskräftig und wirkungsvoll genug sein. So werden, sagt „Der Deutsche“, Nr. 146, mit Recht, die Ausgaben für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, für Erwerbslose usw. mit der verausgabten Summe für die übrige Sozialversicherung auf einen Nenner gebracht und stillschweigend addiert und dann der Öffentlichkeit als die „uerhörte gestiegene Soziallast“ präsentiert. Und dann wird mit erhobenem Finger auf die angeblich Schuldigen gezeigt, auf die „wirklichkeitsfremde“ Regierung und die „kurzsichtige Gewerkschaftsbürokratie“.

Mit welchem Recht werden nun die Ausgaben für Kriegsverrenten den sozialen Ausgaben für die Arbeitnehmer zugezählt.

Und ist nicht die übergroße Erwerbslosigkeit, die wir hatten und noch haben, auch weitgehendst eine Kriegsfolge und die Folge der Rationalisierung? Hat die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung den Unternehmern die reibungslose Rationalisierung nicht wesentlich erleichtert, ja sogar erst in so rücksichtslosem Ausmaß und Tempo möglich gemacht?

Ist nicht das, was die Unternehmer Soziallast nennen, für die Wirtschaft nicht segensreich gewesen?

Haben nicht die Unterstützungssummen für Erwerbslose und die Sozialrenten die Konsumfähigkeit des Inlandes wesentlich gestärkt?

Sind nicht die Gewinne der Arbeitgeber und der Geschäftswelt dadurch erhöht worden? Oder haben sie etwa den Sozialrentnern oder den Erwerbslosen die Waren zum Selbstkostenpreis abgegeben?

Und warum wird bei der Aufstellung der „großen Soziallast“ wie erwähnt, daß an ihrem Aufkommen die Arbeitnehmer mit hohen Beiträgen wesentlich beitragen?

Es wird von den Stürmern gegen die Sozialpolitik ja vielfach betont, sie seien nicht gegen jede Sozialpolitik, aber es fällt schwer, an ihren guten Sozialwillen zu glauben, wenn man so viel Unehrlichkeit und Demagogie feststellen muß. Ein bekannter Führer der Unternehmer hält das Zugrundegehen von 50 000 Menschen für das Kleinere Übel, wenn dafür nur 5000 Menschen Werte schaffen. Wer diesen Standpunkt nicht teilt, wird auch die Notwendigkeit der gegenwärtigen Sozialpolitik einsehen, denn wenn erst Führer der Unternehmer so kaltblütig über das Zugrundegehen von 50 000 Menschen reden, wird von der Seite keine Sozialpolitik erwartet werden können, die die in Bedrängnis kommenden Arbeitnehmer vor dem Untergang bewahrt.

Die Unternehmer würden gut tun, wenn sie etwas weniger heftig gegen die staatliche Sozialpolitik Sturm laufen würden. Noch kürzlich stellte Herr Prof. Moldenhauer auf der Jahresversammlung der Eisen- und Stahlindustrie fest, daß wenn die Sozialpolitik in Deutschland nicht bestehen würde, doch ein großer Teil der sozialen Aufwendungen auf dem Wege der

Steuer oder in Form von höheren Löhnen aufgebracht werden müßte. Aber Löhne, die durchweg nur ein von der Hand in den Mund leben gestatten und nicht einmal in vorübergehenden Krankheitsfällen vor bitterster Not schützen, machen eben eine Sozialversicherung notwendig.

Wenn sich die Arbeitgeber oder ihre Syndici einmal eine Atempause gönnen würden im Kampfe gegen die Sozialpolitik, dann könnten sie zur Abwechslung einmal nachforschen, in welchem Ausmaße die deutsche „Wirtschaft“ seit 1914 von Staats wegen unterstützt worden ist und wie teuer die Fürsorge für die „Wirtschaft“ der Regierung, oder richtiger gesagt, dem Volke heute zu stehen kommt. Mit der Bekanntgabe dieser Summe würden es die Arbeitgeber bestimmt nicht eilig haben, denn was der „Wirtschaft“ in den letzten Jahren an offenen und geheimen Subventionen aller Art zugeflossen ist, wird sich gegenüber 1913 auch

Wd.



Ubbelohde

Der Weg zu Zweien

außerordentlich gesteigert haben.

Europas Stellung in der Weltwirtschaft

Europa liegt zwischen zwei neu entstandenen politischen und wirtschaftlichen Einheiten, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjet-Union. Von beiden Seiten fühlt es in stärker werdendem Maße den Druck, der ihm das wirtschaftliche Atmen behindert, wie einige der interessantesten Zahlen aus der weltwirtschaftlichen Statistik in aller Kürze deutlich bewiesen.

1913 hatte Europa 64,4 Prozent Anteil am Welthandel, 1924 nur noch 55,1 Prozent. Stellt man den Gesamtumsatz aller europäischen Länder für 1913 auf 100, so betrug er 1924: 82. Für Amerika lautet die Vergleichsziffer 118, für Asien 126. Von 1910 bis 1914 hatte Europa etwa 50 Prozent Anteil an der Einfuhr in die Vereinigten Staaten, gegenwärtig nur noch 30 Prozent. Umgekehrt dasselbe: der Anteil nichteuropäischer Staaten stieg auch bei der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten von 50 auf 70 Prozent. Amerikas Ueberseehandel, der im Jahre 1913 größtenteils auf europäischen Schiffen erfolgte, geschieht jetzt meist auf amerikanischen. Die Vereinigten Staaten und Japan erlebten eine gewaltige Vermehrung ihrer Kauffahrteiflotte, während die britische Stellung sich wesentlich verschlechterte. Japanische Handels- und Passagierdampfer durchkreuzen heute auf festen Linien alle Meere der Erde. Dem wirtschaftlichen Vordringen der Nordamerikaner in Südamerika, auf Kosten Europas, steht die Erstarkung Japans auf dem Markt des fernen Ostens gegenüber. Ein paar Ziffern als krasses Beispiel: Die Einfuhr Japans nach Niederländisch-Indien, die 1905 nur 4,2 Millionen Mark betragen hatte, stieg 1913 auf 11,3, 1915 auf 21,3, 1925 auf 135 Millionen Mark.

Wichtiger noch ist es, daß sich die Richtung des Weltwirtschaftsverkehrs geändert hat: Durch den Panamakanal ist bis zu einem gewissen Grade der Suez-Kanal entthront worden. Der Stille Ozean wurde erstrangiges Verkehrsgebiet und stärkte die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen der Vereinigten Staaten (und Kanadas) mit den Ländern des fernen Ostens in ungeahntem Maße. Die Verfügung über die Kapitalien, der Ort des Kapitalmarktes der Erde hat sich geändert.

Eine neue hochkapitalistische Periode, von New York aus regiert, hat die alte von London abgelöst. Wichtige Veränderungen sind eingetreten in der Erzeugung von Kraft für Verkehr und Industrie. Die Produktion von Steinkohle, einst eine Domäne Europas, ging mit der Erfindung und Verbesserung der Motoren zugunsten der Erdölgewinnung zurück. Die Petroleumproduktion, die sich 1913 auf 52 Millionen Tonnen belief, war 1925 auf 145 Millionen Tonnen gestiegen; der Anteil der Vereinigten Staaten beträgt hieran 70 Prozent. Dabei ist zu bedenken, daß von obiger Gesamtzeugung etwa 70 Millionen Tonnen Heizungsöl darstellen, was einer unmittelbar verdrängten Kohlenmenge von 120 Millionen Tonnen entspricht. (Die Gesamtförderung in Deutschland betrug 1925: 132 Millionen Tonnen.) Nordamerika, das einst Lebensmittel und Rohstoffe für die ganze Welt lieferte, entwickelte sich zum Landwirtschafts- und Industriestaat. Das Kapital dazu verschafften ihm der Krieg in Europa, seine erweiterten Absatzmöglichkeiten und sein nüchtern-praktischer Geschäftsgeist. Die amerikanische Automobil-Industrie ist dafür das beste Beispiele. So wurden die Vereinigten Staaten der stärkste Konkurrent Europas, dessen Absatz sie in vielen Gebieten verdrängten.

Auch wenn man die Organisations- und Produktionsveränderungen berücksichtigt, die in vielen wichtigen Wirtschaftszweigen während der Kriegs- und Nachkriegszeit vor sich gingen (Gummi, Eisen, Textil, Farbstoff, Stickstoff, Zuckerrüben, Getreide), so ist das Ergebnis unabweisbar, daß unser Erdteil in eine mißliche Lage geraten ist und der Zustand für Europa als Gesamtbegriff nicht besser, sondern von Jahr zu Jahr ungünstiger wird. Wie reagieren nun die europäischen Völker auf diese Aussicht, soweit sie sie klar erkennen? Man kann dreierlei Störungen unterscheiden: Erhaltung politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit (Selbstversorgung), dann politischer Zusammenschluß mit Zollunion (Vereinigte Staaten von Europa), endlich Zollunion ohne Preisgabe der politischen Selbständigkeit. Es ist hier nicht der Raum, diese auseinandergehenden Bestrebungen kritisch zu beleuchten; sie beschäftigen die Hirne der besten Volkswirtschaftler und

Wirtschaftsführer. Hier sollte nur, um den Blick der Allgemeinheit für die Wichtigkeit und Dringlichkeit der kommenden zollpolitischen Entscheidungen zu schärfen — das deutsche Zollkompromiß von 1925 läuft bekanntlich in diesem Sommer ab —

die weltwirtschaftliche Lage unseres Erdteils im Licht fremden Vordringens und an Hand der jüngsten Statistik in kurzen Zügen zur Darstellung gebracht werden.

H. Hübner.

Umschau

Tempo in der Eisenproduktion

Wie die Leistungsfähigkeit in der Eisen- und Stahlindustrie gesteigert wurde, dafür gibt die „Industrie- und Handelszeitung“ ein treffliches Beispiel:

„Das gewaltige Gebilde der Vereinigten Stahlwerke stand, mit dem 1. April 1926 ins Leben getreten, im vorigen Jahren noch in den Kinderschuhen. Seitdem ist es zu immer gesteigerten Leistungen gelangt, und der Geschäftsbericht des ersten Jahres hat gezeigt, wie sehr der Wirkungsgrad der Industrie durch ihre Konzentration und die Zusammenfassung der Erzeugung an den geeignetsten Standorten gesteigert worden ist. Eine Hütte des Stahlvereins konnte ihre Rohstahlerzeugung um mehr als 75 Prozent erhöhen, ohne einen einzigen Mann neu einzustellen; innerhalb des Gesamtkonzerns ist die Roheisengewinnung in sechs Monaten um 48 Proz., die Rohstahlerzeugung um 51 Prozent, die Kohlenförderung um rund 30 Prozent gestiegen, während die Arbeiterkraft sich in dem gleichen Zeitraum nur um rund 9 Prozent vermehrte. In ähnlicher Weise haben die anderen Konzerne zusammengefaßt und rationalisiert; die Mitteldeutschen Stahlwerke, die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke weisen in kleinerem Maße ebensolche Erfolge auf wie der Stahlverein im Rheinland, und neben den organisatorischen sind technische Fortschritte von hohem Ausmaß zu verzeichnen.“

Jawohl, Tempo! Produktion 75 Prozent erhöht, keinen Mann eingestellt. Rationalisierung nennt sich das. Hoffentlich setzt die Arbeiterschaft den stärksten Druck dahinter, daß ihre Arbeitszeit und ihr Lohn dem angepaßt werden.

Onkel Toms Hütte in Deutschland

Manche Gebiete Deutschlands stehen noch in der Menschenbehandlung bei 1800. Unser Bruderorgan „Die Rundschau“ vom Christlichen Landarbeiterverband hat oft auf geradezu empörende Zustände bei der armen Landarbeiterbevölkerung hingewiesen. Klasse „Einstellungsbedingungen“ eines Einzelvertrages bringt der „Vorwärts“, Nr. 299, woraus wir folgendes entnehmen:

„Außer meiner Frau stelle ich als Hofgänger meine Söhne Erich und Robert und mich täglich zur Arbeit nach Anordnung der Guts herrschaft.“

Verfözung auf ein anderes Gut wird vom Gutsherrn vorbehalten.

Als Sicherheit für die Innehaltung des Vertrages und für Vorschüsse übereigne und übergebe ich der Guts herrschaft meine gesamte Habe, deren Benutzung die Guts herrschaft mir widerruflich beläßt und die ich gegen Rückgewähr etwaiger Vorschüsse und ordnungsmäßigen Abgang zurückkaufen kann und hinterlege ebenfalls zur Sicherung Legitimationspapiere von mir und meinen Angehörigen.

Das Hausrecht verbleibt stets dem Gutsherrn.

Ich erkenne an, daß sämtliche auch in Zukunft hinter mir befindlichen Vorräte an Getreide, Kartoffeln und Brennmaterial Eigentum der Guts herrschaft sind und bis zum Verbrauch zu ihrer Verfügung bleiben.

Ich ermächtige hiermit ausdrücklich den Gutsherrn, meine Habe in eine andere Wohnung verbringen zu lassen.“

Das Dokument könnte auch aus der Negerrepublik Liberia stammen, aber es ist aus Deutschland. Wie heißt es in dem schönen Lied, das bei allen möglichen Gelegenheiten gesungen wird? „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand . . .“ Solange wir zwar noch solche Zustände haben, wird man von Glück wenig spüren, und noch weniger wird die Sehnsucht aller Klassen, die bekanntlich im Osten Deutschlands stark vertreten sind, in Erfüllung gehen, daß am deutschen Wesen die Welt genesen soll.

Baustoffverteuerung

Der Kampf gegen die Baustoffteuerung, der auch von den Regierungen geführt wird, ist nach den letzten Preisveröffentlichungen von „Wirtschaft und Statistik“ nur zu gerechtfertigt. Der Baustoffindex war von 155,3 im August 1925 auf 141,7 im Juni 1926 gefallen und hatte bereits im vergangenen März mit 155,1 seinen früheren Höchststand nahezu erreicht und ihn dann mit 160,2 am 11. Mai beträchtlich überschritten. Die Preissteigerung ist am stärksten in Mauersteinen und Bauhölzern, am geringsten in Baueisen. Die Preise weichen wegen der verschieden hohen Transportkosten in den einzelnen Orten stark voneinander ab. Am höchsten sind sie in Groß-Berlin. Neben der Indexziffer für Baustoffe wird ein Baustoffindex für eine Vierzimmerwohnung von 110 Quadratmeter Nutzfläche in Berlin berechnet. Dieser Baustoffindex ist von 176,7 im März 1925 bis auf 157,2 im Juni 1926 gefallen. Seitdem steigt er ständig und hat im Mai wieder 175,1 erreicht. Ist das nicht auch ein Aufruf zur stärksten Forzierung der Eigenproduktion?

Die Schraubenindustrie geht gut

Bekannte Werke der Schraubenindustrie sind laut „Bergwerkszeitung“ vom 28. Juni so gut beschäftigt, daß sie Aufträge auf wenig gängige Sorten oder auch nur auf solche Sorten, für die sie die Werkzeuge besonders herstellen müßten, ablehnen. Handelt es sich um sehr große Aufträge zu lohnenden Preisen, so werden derartige Aufträge auch heute noch herein genommen, jedoch meist mit langen Lieferfristen. In der Handlungsschraubenindustrie ist die Lieferzeit für noch anzufertigende Sorten bei größeren Mengen (5000 Stück und mehr) meist mindestens 3 bis 4 Wochen. — Gute Aufträge, guter Verdienst; wie steht es mit dem Lohn? Gegenfrage: Wie steht es mit der Organisation?

Der Arbeitsmarkt bessert sich

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juni 1927 rund 598 000 gegenüber rund 648 000 am 1. Juni 1927 und 743 000 am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni beträgt also rund 50 000 oder 7,7 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 664 000 gesunken. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 zurückgegangen, und zwar um weitere 18 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni 1927 rund 208 000 (männlich: 167 000, weiblich: 41 000) gegenüber 226 000 (männlich: 182 000, weiblich: 44 000) am 15. Mai 1927. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai 1927 bis 15. Juni 1927 von 969 000 auf 806 000, also um rund 163 000 oder 16,8 Prozent verringert.

Trusts wollen mehr Freiheit

Martin, der Vorsitzende des amerikanischen Foreign Credit Committee of the National Association of Creditmen, erklärte gelegentlich eines Interviews, es beginne eine Bewegung zur Schaffung einer nationalen Vereinigung, um eine Abänderung der Sherman-Antitrust-Gesetzgebung herbeizuführen, wodurch die Amerikaner in Stand gesetzt würden, der ausländischen Konkurrenz auf den Weltmärkten zu begegnen und im Lande wirtschaftlicher zu arbeiten. Vertreter verschiedener Wirtschaftsgruppen, Organisationen und Gesellschaften haben sich bereit erklärt, sich der Bewegung anzuschließen.

Es wird nicht lange dauern, dann werden in Deutschland ähnliche Stimmen laut werden. Wir sind an sich keine Gegner großer Industrieverbindungen, aber sie müssen im Zaume gehalten werden, damit sie der Volksgesamtheit nicht schaden.

Ueberstunden oder eingesperrt

Jawohl, im „Kulturzeitalter“ des 20. Jahrhunderts gibt es noch so etwas in Breslau. Dort haben laut „Vorwärts“ bei der Firma R. u. G. die Arbeiterinnen die Ueberstunden verweigert mit der Begründung, sie machten nicht früher Ueberstunden, bis ihre Löhne im Rahmen des Tarifs geregelt seien. Bei der Firma herrscht zur Zeit Hochbetrieb, daher Ueberstundenschinderei. Eine entsprechende Bezahlung gewährt die Firma natürlich nicht. Als die Arbeiterinnen nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen wollten, war plötzlich das Fabriktor verschlossen, und der Portier hatte Anweisung, keine Arbeiterin vor Ablauf der Ueberstunden herauszulassen. Erst nach energischem Protest bequemte man sich da, die Tore zu öffnen.

Hoesch dehnt sich aus

Die Eisen- und Stahlwerke Hoesch in Dortmund haben die Dortmunder Drahtseilwerke Wohlfahrt u. Liesenhoff, Kommanditgesellschaft, käuflich übernommen. Die Beteiligungsquote der Hoesch-Gruppe am Drahtseilverband erhöht sich dadurch in einem solchen Umfang, daß die Firma Hoesch einer der stärksten Teilhaber des Drahtseilverbandes sein dürfte. Ueberall in der Eisenindustrie Machtvergrößerung. Wie steht es demgegenüber mit der gewerkschaftlichen Organisation?

Der Achtfundentag als Lebensverlängerer

Nach einem Bericht der Union der Glasarbeiter in der tschechoslowakischen Republik konnte im Jahre 1914 eine durchschnittliche Lebensdauer der Glasarbeiter von 35½ Jahren festgestellt werden, während sie bereits 1919 bis 1920 ein Durchschnittsalter von 39 Jahren erreichten. Von da an nahm die Lebensdauer ständig zu. Im Jahre 1921 betrug die durchschnittliche Lebensdauer 42 Jahre, 1924: 45½ Jahre, 1925: 47 Jahre, 1926 etwas über 51 Jahre. Es sind sicherlich eine Reihe von Gründen sanitärer und sozialer Art, die diese ebenso erfreuliche wie auffällige Ent-

wicklung beeinflussten. Die Einführung des Achtstundentages hat diese Entwicklung zum mindesten sehr stark begünstigt, wie auch die sozialhygienische Aufklärung und die Erämpfung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse durch die Gewerkschaften erheblich dazu beigetragen hat.

Chlorkalium und Erfrankungserscheinungen

In der letzten Zeit sind wiederholt Fälle gemeldet worden, in denen die Arbeiter, die unter den Einwirkungen von Chlorkalium arbeiten, Gesundheitsstörungen an sich bemerken. Die Gefährlichkeit von Chlorkalium wird von gewissen Seiten bestritten. Wir wollen deshalb aus dem 1924 erschienenen vortrefflichen Lehrbuch „Die Klinik der Berufskrankheiten“ von Dozent Dr. Julius Löwy, Seite 324/25 folgendes zur Kenntnis bringen:

„Dagegen sind die Salze der Chlorwasserstoffsäure, speziell das Kalium chloratum (KClO₂), sehr giftige Substanzen, und es wird dasselbe sowohl zum Heizen als auch in der Feuerwerkerei und in der Zündhölzchenfabrikation verwendet; es ist ein kräftiges Oxidationsmittel, und wir finden es daher in verschiedenen Gemischen als Chlorat- und Perchloratstoff wieder, wovon speziell die ersteren gegen Stoß und Reibung sehr empfindlich und nach K. Fischer niemals handhabungssicher sind. Es kommt daher gewerbehgienisch nur die eventuelle Explosionswirkung in Betracht; seine

Wirkung als Blutgift, als Methämoglobinbildner mit dem schweren, zu Ikterus, Anurie und Koma führenden Krankheitsbild kommt ja nur bei oraler Verabreichung bei direkten Vergiftungsversuchen in Betracht. Dagegen wird angegeben, daß durch die ständige Inhalation (Einatmung) chlorkalihaligen Staubes in Zündholzfabriken usw. Ernährungsstörungen und Erkrankungen der Atemwege beobachtet wurden.“

Regierungsrat a. D. Dr. jur. Walter Pitschke †

Der uns nahestehende Deutsche Versicherungs-Konzern, in dem bekanntlich die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft und die Deutsche Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft zusammengeschlossen sind, hat einen herben Verlust erlitten. Sein Vorstandsmittglied, Regierungsrat a. D. Dr. jur. Walter Pitschke, ein mit hohen Gaben ausgestatteter Verwaltungsbeamter, ist am Dienstag, dem 21. Juni dieses Jahres, plötzlich im 58. Lebensjahre an Herzschlag gestorben. Es war ihm noch vergönnt, den großen Aufstieg der von ihm geleiteten Unternehmen zu erleben und zu sehen, wie der von ihm mit großem Eifer propagierte vorbeugende Gesundheitsfürsorgedienst von einer großen Anzahl deutscher und ausländischer Gesellschaften mit übernommen wurde. Unser Christlicher Metallarbeiterverband wird diesem ausgezeichneten Manne ein dauerndes Andenken bewahren.

Aus den Betrieben

Mehrarbeitszuschläge in Nordwest

Die drei Metallarbeiterverbände haben mit dem Arbeitgeberverband Nordwest bezüglich des Abkommens vom 11. Mai 1927 über die Mehrarbeitszuschläge vor dem Schlichter folgendes vereinbart:

An Stelle der Stundenzuschläge von 12 1/2 Prozent für die Mehrarbeit ist an alle Arbeiter mit Ausnahme der Lehrlinge folgende prozentuale Mehrarbeitsvergütung auf den Gesamtverdienst ausschließlich der sozialen Zulagen zu zahlen:

Bei einer Wochenarbeitszeit von 59 Stunden 2 Prozent, 58 Stunden 1,9 Prozent, 57 Stunden 1,75 Prozent, 56 Stunden 1,65 Prozent, 55 Stunden 1,4 Prozent, 54 Stunden 1,2 Prozent, 53 Stunden 1 Prozent, 52 Stunden 0,8 Prozent, 51 Stunden 0,6 Prozent, 50 Stunden 0,4 Proz., 49 Stunden 0,2 Prozent.

Ist ein Betrieb oder eine Betriebsabteilung zur Arbeitsstreckung gezwungen, so ist für die Abteilung für die Dauer der Streckung der entsprechende niedrigere Hundertsatz der vorstehenden Skala zu verrechnen.

Auf der Lohnseite ist ein Vermerk zu machen, der den für die Mehrarbeit gezahlten Betrag als solchen erkenntlich macht (z. B. „für Mehrarbeit 1,9 Prozent gleich 2,75 M.“). Die Parteien sind darüber einig, daß der Betrag, um den es sich hierbei handelt, bei späteren Lohnverhandlungen und dergleichen nicht als eigentlicher Lohnanteil anzusprechen ist, sondern nur als die vereinbarte Abgeltung des im Arbeitszeitnotgesetz vorgeschriebenen Mehrarbeitszeitzuschlages.

Trotz allem Geschrei der Genossen hat das Arbeitszeitnotgesetz also doch so viel Verdiensterhöhung herausgebracht, daß die Arbeiter der Metallindustrie die Beiträge zu ihrer Berufsorganisation vollständig frei haben. Hoffentlich verwenden alle Arbeiter diese Beträge für den Zweck, um im demnächstigen Kampf um die Arbeitszeit siegreich zu sein.

Mehr arbeiten und weniger verdienen

Im Feinzug der Westfälischen Union Hamm (Westag) wurde die Tourenzahl der Scheiben von durchschnittlich 75 Touren auf 93 bis 94 Touren erhöht. Das bedeutet für die Feinzieher erhöhte Produktion, also mehr Arbeit, und für die Firma infolgedessen Herabdrückung der allgemeinen Unkosten und vermehrte Verdienstmöglichkeiten. Bei dieser Sachlage wäre es nicht mehr wie recht und billig gewesen, daß man dem Feinzieher die bisherigen Akkordsätze gelassen hätte, damit entsprechend der Mehrarbeit auch ein Mehrverdienst, nicht nur für die Firma, sondern auch für die Feinzieher erzielt worden wäre. Statt dessen versuchte aber die Betriebsleitung, die Akkordsätze um durchschnittlich 20 Prozent abzubauen. Statt Mehrverdienst also ein Minderverdienst und das trotz der Mehrarbeit.

Die Feinzieher, die bisher ihre gewerkschaftliche Pflicht stark vernachlässigt hatten, erkannten jetzt, daß sie ohne Hilfe der Gewerkschaften den drohenden Verdienstaustausch nicht abwehren konnten und schlossen sich wieder der Gewerkschaft an. In mehreren Belegschaftsversammlungen wurde Stellung zu der Angelegenheit genommen und Gegenanschläge ausgearbeitet. Bei der schwierigen Materialbeschaffung (Akkordsätze — Durchschnittsleistung — Tourenzahl — Durchschnittsverdienst usw. von Drahtziehern anderer Orte) trat die Notwendigkeit intensiver und allseitig betriebener Branchenarbeit besonders hervor. Durch Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Betriebsleitung gelang es schließlich, die neuen Akkordsätze so festzusetzen, daß statt eines Minderverdienstes noch ein kleiner Mehrverdienst erreicht werden kann. Durch das Eingreifen der Gewerkschaften sind die Feinzieher vor einem Schaden von 30 bis 40 M pro Monat bewahrt geblieben. Ein Beweis, daß die Gewerkschaft u. a.

Oliver Twist

Von Charles Dickens.

II.

„Nennen Sie das einen respektvollen oder schicklichen Empfang, Mrs. Mann“, fragte Bumble, indem er seinen Stab fester in die Hand nahm, „wenn Sie die Kirchspielbeamten an Ihrer Gartenpforte warten lassen, wenn sie in Parochialangelegenheiten in betreff der Parochialkinder hierher kommen?“

„Ich kann versichern, Mr. Bumble, daß ich nur ein paar der lieben Kinder bei mir hatte, wegen deren Sie so freundlich sind, herzukommen“, erwiderte Mrs. Mann mit großer Unterwürfigkeit.

Mr. Bumble hegte eine hohe Meinung von seiner oratorischen Begabung und seiner Wichtigkeit. Er hatte die eine bewiesen und die andere gewahrt. Er war in milderer Stimmung.

„Nun, nun, Mrs. Mann“, sagte er, „es mag sein, wie Sie sagen, es mag sein. Lassen Sie mich hinein, Mrs. Mann; ich komme in. Geschäften und habe Ihnen etwas zu sagen.“

Mrs. Mann nötigte den Kirchspieldiener in ein kleines Sprechzimmer, bot ihm einen Stuhl an und legte dienstbeflissen seinen dreieckigen Hut und seinen Stab auf den Tisch vor ihm. Mr. Bumble wuschte sich den Schweiß von der Stirne, blickte freundlich auf den dreieckigen Hut und lächelte. Ja, er lächelte. Kirchspieldiener sind auch nur Menschen, und Mr. Bumble lächelte.

„Nehmen Sie es mir nicht übel, was ich Ihnen sagen will“, bemerkte Mrs. Mann mit bezaubernder Lieblichkeit. „Sie wissen, Sie haben einen weiten Weg hinter sich; wollen Sie nicht ein Gläschen nehmen?“

„Nicht einen Tropfen, nicht einen Tropfen“, versetzte Mr. Bumble, indem er mit seiner rechten Hand in würdevoller, aber freundlicher Weise abwinkte.

„Ich denke, Sie werden mir schon den Gefallen tun“, sagte Mrs. Mann, die den Ton der Weigerung und die diese begleitende Gebärde bemerkte. „Nur ein ganz kleines Gläschen mit einem Schluck kaltem Wasser und einem Stück Zucker.“

Mr. Bumble hustete.

„Nur ein ganz kleines Gläschen“, wiederholte Mrs. Mann in dringendem Tone.

„Was ist es denn?“ fragte der Kirchspieldiener.

„Nun, es ist das, von dem ich etwas im Hause zu halten verpflichtet bin, um es den lieben Kindern in den Kaffee gießen zu können, wenn sie nicht wohl sind, Mr. Bumble“, entgegnete Mrs. Mann, während sie ein Eckschränkchen öffnete und eine Flasche und ein Glas herausnahm. „Es ist Genever, ich will Sie nicht hintergehen, Mr. Bumble. Es ist Genever.“

„Geben Sie den Kindern Kaffee, Mrs. Mann?“ fragte Bumble, der mit seinen Augen den interessanten Vorgang der Mischung verfolgte.

„Ach, gesegne es ihnen Gott, ich tue es, so kostspielig es auch sein mag“, versetzte die Wärterin. „Ich könnte sie vor meinen lieblichen Augen nicht leiden sehen. Sir, Sie wissen es ja.“

„Nein“, sagte Mr. Bumble beistimmend; „nein, Sie könnten es nicht. Sie sind eine menschlich denkende Frau, Mrs. Mann.“ (Hier setzte sie das Glas vor ihn hin.) „Ich werde sobald wie möglich Gelegenheit nehmen, es dem Kollegium gegenüber zu erwähnen, Mrs. Mann.“ (Er zog das Glas näher zu sich heran.) „Sie empfinden wie eine Mutter.“ (Er ergriff das Glas.) „Ich — ich trinke mit Vergnügen auf Ihre Gesundheit, Mrs. Mann“; und er trank es zur Hälfte aus.

„Und nun zu den Geschäften“, rief der Kirchspieldiener, indem er eine lederne Brieftasche hervorzog. „Der Knabe, der auf den Namen Oliver Twist getauft wurde, ist heute neun Jahre alt.“

„Des Himmels Segen über das liebe Herzchen!“ rief Mrs. Mann aus und mußte die Augen mit der Schürze abtrocknen.

Mr. Bumble fuhr fort: „Trotz ausgebotener Belohnung von zehn Pfund, ja nachher von zwanzig Pfund — trotz der übernatürlichen An-

auch eine überaus notwendige Versicherung gegen den „Hagelschlag“ des Akfordabbaues ist. Eine Lehre, die von allen Akfordarbeitern gar nicht ernstlich genug beachtet werden kann.

Waren die Ueberstunden schuld?

Am Donnerstag, dem 23. d. M., nachts 3.30 Uhr, explodierte der Lackierofen bei der Firma Hasenkämper Sohn, Belbert. Ein Arbeiter verunglückte dabei tödlich. Bei derselben Firma explodierte im Januar dieses Jahres ebenfalls der Lackierofen, wobei leider auch ein Arbeiter den Tod fand. Im Januar konnte ein grober Fehler nicht gefunden werden, aus dem sich ein strafrechtliches Verschulden irgendeiner Seite hätte herleiten lassen. Damals wurde schon davon geredet, daß dort viele Ueberstunden geleistet würden. Die Organisation ist bei der Firma, welche 120 Arbeiter beschäftigt (die Hälfte sind Arbeiterinnen) sehr schwach vertreten. Die Arbeiterschaft glaubt dort, es ginge ohne Organisation. Nach den Mitteilungen, welche jetzt durch die Presse gehen, scheint der jetzt zu Tode gekommene 25 Jahre alte Arbeiter ein Opfer der Ueberstunden geworden zu sein. Der Arbeiter ist nach Mitteilung der Presse über 20 Stunden ununterbrochen im Betrieb gewesen, also von Mittwoch 7 Uhr an. Er wollte sparen, um einen Ausflug machen zu können. Der Christliche Metallarbeiterverband hat stets gegen solches Ueberstundenwesen angekämpft, besonders nach dem Inkrafttreten des Arbeitszeitnotgesetzes hat er nichts unversucht gelassen, vor Ueberstunden, welche gegen Vertrag und Gesetz geleistet werden, zu warnen. Dieser traurige beklagenswerte Unfall muß nun erst wieder zeigen, daß die Organisation recht hat, wenn sie die Arbeiterschaft vor den geradezu wahnwitzigen Arbeitszeiten warnt. Arbeiter, schließt und stärkt die Reihen des Christlichen Metallarbeiterverbandes, welcher gesunde Lohn- und Arbeitsverhältnisse schafft.

Nicht durch übertriebene Festlichkeiten, wie diese gerade im Belbeter Bezirk gefeiert werden (ein großer Launtan löst den anderen ab), sondern durch zielbewußte harte Gewerkschaftsarbeit dient man sich, dem Stande, Volk und Vaterland.

Ein herbe Lektion

ist den gewerkschaftlich Indifferenten den in der Berliner Metallindustrie Beschäftigten durch den Inhalt des neuen Rahmentarifvertrages zuteil geworden. Die gestellten Forderungen waren so reichlich, daß der neue Tarif inhaltlich ein recht guter werden sollte. Gemessen am alten Vertrag ist jedoch der neue mehr als mager. Soweit zuschlagspflichtige Ueberarbeit (über 60 Stunden hinaus) in Frage kommt, ist sogar eine Verschlechterung eingetreten. Die Ueberstunden über 60 Stunden hinaus mußten bisher mit einem Zuschlag von 25 Prozent bezahlt werden. Jetzt sind für alle Ueberstunden, die über die 48. Stunde hinaus geleistet werden, nur 15 Prozent Zuschlag zu zahlen. Die einzige Verbesserung besteht darin, daß die Unternehmer nach dem neuen Tarif berechtigt sind, nur $4\frac{1}{2}$ statt bisher 6 Stunden Ueberarbeit wöchentlich anzuordnen. Nach dem alten Tarif brauchten sie für Ueberarbeiten bis zur 60. Stunde überhaupt keine Zuschläge zu zahlen.

Für die Berliner Metallindustrie kamen 15 300 Betriebe mit 300 000 beschäftigten Metallarbeitern, etwa ein Siebentel der gesamten Metallarbeiterschaft Deutschlands, in Frage. 450 von diesen 15 300 Betrieben bilden die Mitgliedsfirmen des tonangebenden Verbandes „Berliner Metall-Industrieller“. In diesen 450 Betrieben sind 160 000 Arbeiter beschäftigt, für welche der neue Rahmentarif Geltung hat.

Im zahlenmäßigen Verhältnis der Berliner Metallarbeiterschaft zur Gesamtzahl der in der deutschen Metallindustrie Beschäftigten stand

früher auch die Mitgliedszahl der Berliner Ortsverwaltung des D. M. B. zur Gesamtmitgliedszahl dieses Verbandes. Solange die Berliner Metallarbeiterschaft gut organisiert war, hatte sie, was Lohn- und Arbeitsverhältnisse anbelangt, die Führung in der deutschen Metallarbeiterschaft. Das Organisationsverhältnis hat sich seit 1922 gewaltig verschlechtert. Weitesten Kreise der Berliner Metallarbeiter huldigten dem törichtsten Glauben, daß auch ohne ihre gewerkschaftliche Mitarbeit, durch die Wirksamkeit der Schlichtungseinrichtungen, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zufriedenstellend geregelt würden. Der Schiedsspruch zeigt jedoch jedem, daß diese Annahme nicht zutrifft.

Trotzdem die christlichen Metallarbeiter vereinzelt in manchen Betrieben stehen, haben sich die Mitgliederzahlen des Christlichen Metallarbeiterverbandes gegenüber der Vorkriegszeit nicht nur gehalten, sondern wesentlich gehoben. Nicht so die Mitgliederzahl des D. M. B. 1922 mußte die Berliner Ortsgruppe des sozialistischen Metallarbeiterverbandes 192 000, also mehr als die doppelte Zahl der Vorkriegszeit. Schon 1925 war aber diese stolze Zahl auf 58 000 zusammengeschrumpft. Darüber, wie die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1926 stand, herrscht tiefes Dunkel. Bisher ist noch kein diesbezüglicher Bericht im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Nur so viel steht fest, daß das Organisationsverhältnis sehr schlecht ist und daß das magere Ergebnis der Rahmentarifvertragsverhandlungen nur die Widerspiegelung dieses schlechten Organisationsverhältnisses ist. Es liegt sehr im wohlbestandenen Interesse der Berliner Metallarbeiter, aus den letzten Rahmentarifverhandlungen die Lehre zu ziehen, ihren gewerkschaftlichen Indifferentismus zu überwinden. Geschieht dies nicht, so wird es künftig mit dem Inhalt des Rahmentarifes noch weiter bergab gehen, als es seit 1922 schon bergab gegangen ist.

Bis 1922 betrug die tariflich festgelegte Wochenarbeitszeit $46\frac{1}{2}$ Stunden. In dem dann folgenden Vertrag wurde sie auf 48 Stunden verlängert. Für Ueberarbeiten, die darüber hinaus geleistet werden mußten, war ein Zuschlag von 25 Prozent zu zahlen. Durch die Januarvereinbarung von 1924 kam der 25prozentige Zuschlag bis zur 60. Stunde in Fortfall. Auch erzwangen die Unternehmer das Recht, ohne den Betriebsrat zu befragen, sechs Ueberstunden pro Woche anzuordnen. Nach dem neuen Tarifvertrag kann der Unternehmer, wie schon bemerkt, durchschnittlich nur $4\frac{1}{2}$ Ueberstunden pro Woche anordnen.

Bestände nicht das von den Sozialisten so sehr verschriene Arbeitszeitnotgesetz, durch welches die Unternehmer gesetzlich angehalten sind, einen Ueberstundenzuschlag zu zahlen, so hätte auch dieses nicht erreicht werden können. Wie sehr die Unternehmer die schlechten Organisationsverhältnisse der Arbeiter für sich nutzbar zu machen die Absicht hatten, ging daraus hervor, daß die vielen und langen Verhandlungen ergebnislos verliefen. Das Wenige, das der neue Rahmentarifvertrag gebracht hat, ist das Ergebnis eines Schiedsspruches.

Wer in den Schlichtungsausschüssen mitzuwirken Gelegenheit hat, weiß, daß auch das Organisationsverhältnis der Arbeiter, für welche der zu fallende Schiedsspruch Geltung haben soll, sehr stark in die Waagschale fällt. Dem Umstand, daß bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß der gewerkschaftliche Druck gefehlt hat, ist es zuzuschreiben, daß die einstmalig so stolze Berliner Metallarbeiterschaft sich mit einem Spruch abgefunden hat, der sehr viel schlechter ist, als die kurz vorher gefällten Schiedssprüche für die Metallarbeiterschaft der Stadt bzw. der Provinz Brandenburg.

Bezüglich des Schiedsspruches schrieb der „Vorwärts“ am 25. Mai: „Die reine Arbeitszeit beträgt in der Woche 48 Stunden. Je nach der Eigenart oder den wirtschaftlichen Bedürfnissen können für den Betrieb oder Gruppen von Arbeitnehmern an den Wochentagen von Montag bis Freitag einschließlich

strengungen des Kirchspiels, sind wir nicht imstande gewesen, seinen Vater ausfindig zu machen oder seiner Mutter Wohnung, Namen oder Stand in Erfahrung zu bringen.“

„Wie geht es denn aber zu, daß er einen Namen hat?“ fragte die Waisemutter.

Der Kirchspielsdiener warf sich in die Brust und erwiderte: „Ich erfaund ihn.“

„Sie, Mr. Bumble!“

„Ich, Mrs. Mann. Wir benennen unsere Findlinge nach dem Alphabet. Der letzte war ein S — Swubble: ich benannte ihn. Dieser war ein L — Lwift: ich gab ihm abermals den Namen. Der nächste, der kommen wird, wird Umoin heißen, der nächstfolgende Wilkins. Ich habe Namen im Vorrat von A bis Z; und wenn ich beim Z angekommen bin, fang ich wieder beim A an.“

„Sie sind wirklich ein Gelehrter, Mr. Bumble!“

„Mag sein, mag sein, Mrs. Mann. Doch genug davon. Oliver ist jetzt zu alt geworden zum Hiebleiben, das Kollegium hat beschlossen, ihn zurückzunehmen, ich bin selbst gekommen, ihn abzuholen; — wo ist er?“

Mrs. Mann eilte hinaus und erschien gleich darauf mit Oliver wieder, der unterdes gewaschen und besser gekleidet war.

„Nach dem Diener vor dem Herrn, Oliver“, sagte sie.

Oliver verbeugte sich tief vor dem Kirchspielsdiener auf dem Stuhle und dem dreieckigen Hute auf dem Tische.

„Willst du mit mir gehen, Oliver?“ redete ihn Mr. Bumble in feierlichem Tone an.

Oliver war im Begriff, zu antworten, daß er auf das bereitwilligste mit jedermann fortgehen würde, hob aber zufällig die Augen zu Mrs. Mann empor, die hinter des Kirchspielsdieners Stuhl getreten war und mit grimmigen Mienen die Faust schüttelte. Er wußte gar zu gut, was das bedeutete.

„Sitzt sie auch mit?“ fragte er.

„Das ist unmöglich; sie wird aber bisweilen kommen und dich besuchen“, erwiderte Bumble.

Das war kein großer Trost für Oliver; allein er hatte trotz seiner Jugend Verstand genug, sich anzustellen, als verlasse er das Haus nur sehr ungern; ohnehin standen ihm die Tränen infolge des Hungers und soeben erfahrener harter Züchtigung nahe genug. Mrs. Mann umarmte ihn wiederholt und gab ihm, was er am meisten bedurfte, ein großes Stück Butterbrot, damit er im Armenhause nicht zu hungrig anlangte. Die Sache war natürlich abgemacht. Sein Butterbrot in der Hand, verließ er die Stätte, wo kein Strahl eines freundlichen Blickes das Dunkel seiner ersten Kinderjahre erhellt hatte. Und doch brach er in Tränen kindlichen Schmerzes aus, als das Gartentor sich hinter ihm schloß. Verließ er doch seine Leidensgefährten, die einzigen Freunde, die er in seinem Leben gekannt hatte; und zum erstenmal, seit dem Erwachen seines Bewußtseins, empfand er ein Gefühl seiner Verlassenheit in der großen weiten Welt. Mr. Bumble schritt kräftig vorwärts; der kleine Oliver trabte neben ihm her und fragte am Ende jeder Meile, ob sie nicht bald „da“ sein würden. Auf diese Fragen gab Mr. Bumble sehr kurze und mürrische Antworten; denn die zeitweilige Milde, die der Genuß von Genevet und Wasser in manchen Gemütern erzeugt, war längst versfliegen, und er war wiederum Kirchspielsdiener.

Oliver war noch nicht eine Viertelstunde innerhalb der Mauern des Armenhauses gewesen und hatte kaum ein zweites Stück Brot verfilat, als Mr. Bumble, der ihn der Obhut einer alten Frau übergeben hatte, zurückkehrte. Er erklärte ihm, daß heute Abend eine Sitzung des Armenkollegiums stattfände und daß er sofort vor diesem zu erscheinen habe.

Oliver, der keine allzu klare Vorstellung von dem hatte, was ein Armenkollegium zu bedeuten habe, war von dieser Mitteilung wie betäubt und wußte nicht, ob er lachen oder weinen sollte. Er hatte jedoch keine Zeit, über diesen Punkt nachzudenken; denn Mr. Bumble ver setzte ihm mit seinem Stab einen Schlag auf den Kopf, um ihn aufzuwecken und einen

Ueberstunden bis zu einer Stunde Dauer je Tag angeordnet werden. Ohne Genehmigung der gesetzlichen Arbeitervertretung darf die Arbeitszeit innerhalb von 12 Wochen 5 Stunden im Wochendurchschnitt nicht übersteigen.

Für alle Ueberstunden über diese Dauer hinaus bedarf es der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung. Für Ueberstunden über die normale achtstündige Arbeitszeit hinaus muß ein Zuschlag von 15 Prozent gezahlt werden, für Ueberstunden an Sonn- und Feiertagen 50 Prozent. Weiter wurde durch eine Protokollnotiz festgelegt, daß der Paragraph 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 ausgeschaltet wird, der dem Unternehmer gestattet, an 30 Tagen im Jahr, je nach Wahl, bis zu zwei Ueberstunden pro Tag anordnen zu können. Ebenfalls gilt der Ueberstundenzuschlag unbeschadet der Bestimmung der Arbeitszeitverordnung für alle Arbeitnehmer. Die Forderung des Metallkartells in bezug auf die Einlegung von Pausen bei fließendem Arbeitsprozeß, die Verbesserung des Urlaubs usw. werden in dem Schiedspruch nicht berücksichtigt.

Die vielen Anträge, die gestellt waren, sind also alle unter den Tisch gefallen.

Interessant ist die Taktik, die das Metallkartell, welches aus sozialdemokratischen Organisationen, die mit Mitgliedern in der Berliner Metallindustrie vertreten sind, und dem H.-D. Gewerksverein besteht, bei der Bewegung angewandt hat. Eine Funktionärkonferenz, zu welcher nur die Zutritt hatten, die mit einem Ausweis, welcher vom Verband B. M. J. gestempelt, und ein Mitgliedsbuch einer, dem Metallkartell angeschlossenen Organisation hatten, befand über den Schiedspruch. Sie lehnten denselben ab, und beschloßen die Vornahme einer Urabstimmung. Diese Urabstimmung war unsinnig, weil damit gegen die Bestimmungen des Statuts des D. M. B. verstoßen wurde. Im Statut genannten Verbandes heißt es: „daß die Arbeitsniederlegung nur stattfinden darf, wenn mindestens $\frac{3}{4}$ der, für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für die Arbeitseinstellung stimmen“.

Was soll es angesichts dieser Bestimmung für einen Sinn haben, daß auch die Unorganisierten mitstimmen konnten? Unter dem 1. 6. 27 macht der D. M. B. im „Vorwärts“ bekannt, daß die Abstimmung „leider“ nicht die vorgeschriebene $\frac{3}{4}$ -Mehrheit für den Streik erbrachte. Die „rote Fahne“, das Berliner Kommunisten-Organ, greift mit Recht diesen, gegen das Statut verstößenden Urabstimmungshumbug an, der nur den Zweck hatte, die eigene Schwäche zu überdecken, und den Unorganisierten die moralische Schuld an dem schlechten Ergebnis aufzuladen.

Hoffentlich zieht die Berliner Metallarbeiterschaft aus dieser Lektion die richtige Lehre und sorgt dafür, daß das Organisationsverhältnis wieder ein solches wird, wie es früher war. Nur so ist es möglich, auch die

Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder auf die Höhe zu bringen, wie sie ehemals gestanden haben. Unsere christlichen Metallarbeiter haben die Pflicht, durch unablässige Verbearbeit, für ihren Teil in dieser Richtung alles zu tun, was ihnen möglich ist.

Kann der Betriebsobmann entlassen werden?

Nach § 98 des Betriebsrätegesetzes finden die Bestimmungen für die Betriebsräte auch auf die Betriebsobleute Anwendung. Die Betriebsobleute genießen also denselben Kündigungsschutz wie die Mitglieder des Betriebsrates mit der Maßgabe, daß an Stelle des Betriebsrates die Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer des Betriebsrates tritt. Nach den Entscheidungen des Reichsgerichts hat die Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Kündigung des Betriebsobmannes unter Wahrung der allgemeinen Vorschriften der §§ 29 bis 33 des B.R.G. zu geschehen. Die Betriebsversammlung, die darüber Beschluß fassen soll, muß vom Betriebsobmann einberufen werden. Er muß sie einberufen, wenn der Arbeitgeber es beantragt. Er kann an der Versammlung teilnehmen, ja es kann ihm dort der Vorsitz übertragen werden. Der Arbeitgeber kann also nicht aus sich heraus die Zustimmung anberaumen oder aber ohne Versammlung die Zustimmung der wahlberechtigten Arbeitnehmer einholen, da das dem öffentlich-rechtlichen Charakter des B.R.G. widersprechen würde und daher nichtig wäre.

Mindestlohn und Akkordlohn

Mindestlöhne haben nur dann einen Sinn, wenn sie wirklich ausbezahlt werden, auch dann, wenn der Akkordlohn aus irgendwelchen Gründen nicht an den Mindestlohn heranreicht. Eine Arbeiterin war bei einer Batteriefabrik im Akkordlohn eingestellt worden. Als sie ihre erste Lohnung in Empfang nahm, erhielt sie für 35 Arbeitsstunden ganze sechs Mark ausgezahlt. Sie reichte darauf beim Gewerbegericht eine Klage auf Auszahlung eines angemessenen Lohnes in Höhe von 24 M ein. Das Gewerbegericht gab der Klage statt mit folgender sehr richtigen Begründung: „Der Arbeiterin steht zwar nach der Akkordleistung kein höherer Lohn zu. Doch ist es unbillig, eine Anfängerin sofort nur im Akkordlohn zu beschäftigen. Denn es ist natürlich, daß die Klägerin die erste Zeit ungeschickt gewesen ist und Fehler gemacht hat, so daß das Arbeitsquantum notwendigerweise gering war. Eine derartige Entlohnung der Arbeiterin anzubieten, heißt die wirtschaftliche Uebellegenheit des Arbeitgebers in ungebührlicher Weise auszunutzen. Die Klägerin hat daher Anspruch auf die Entlohnung von 24 M, die keineswegs zu hoch ist.“

Verbandsgebiet

Dettingen a. Main. Vor kurzem fand eine Betriebsversammlung der Firma Julius Kleemann im Gasthaus „Zum Schwanen“ statt. Kollege Jang (Offenbach) sprach über: „Unsere Stellung zu Lohn, Urlaub und Arbeitszeit“. Er wies auf die letzte Lohnerhöhung hin, welche die Firma nicht leisten wollte, kam auf die Bestrebungen der Industriellen zu sprechen, welche den Urlaub für die Metallarbeiter beseitigen wollen und behandelte zum Schluß die Arbeitszeitfrage, sowie das Bestreben der Gewerkschaften, diesen Angriffen gegenüber Widerstand zu bieten.

Außer den älteren Kollegen war die Jugend stark vertreten, und die Verbandsleitung nützte dies aus und gründete sofort eine Jugendabteilung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, womit alle jungen Kollegen einverstanden waren und sofort einen Vorstand bestimmten, welcher sich aus den Jugendlichen Büttner, Bernhard als Jugendobmann, Meier, Hans und Heiningert, Reimund zusammensetzt. Es wurde sofort die nächste Versammlung festgesetzt, und Kollege Jang dankte zum Schluß allen für

anderen über den Rücken, um ihn munter zu machen. Dann befahl er ihm, ihm zu folgen und führte ihn ein großes weißgetünchtes Zimmer, in dem acht bis zehn wohlbeleibte Herren um einen Tisch herumsaßen. Oben am Tische saß in einem Armstuhl, der höher war als die übrigen, ein besonders wohlgenährter Herr mit einem sehr runden, roten Gesichte.

„Mache dem Kollegium eine Verbeugung“, sagte Bumble. Oliver zerschüttelte zwei oder drei Tränen in seinen Augen, und da er kein Kollegium, sondern nur den Tisch sah, so machte er vor diesem eine wohlgelungene Verbeugung.

„Wie heißt du, Junge?“ begann der Herr auf dem großen Stuhle.

Oliver zitterte, denn der Anblick so vieler Herren brachte ihn gänzlich außer Fassung; Bumble suchte ihn durch eine kräftige Berührung mit dem Kirchspielsdienerstabe zu beleben, und er fing an zu weinen. Er antwortete daher leise und zögernd, worauf ihm ein Herr in weißer Weste zutief, er wäre ein dummer Junge, was ein vortreffliches Mittel war, ihm Mut einzusößen.

„Junge“, sagte der Präsident, „höre, was ich dir sage. Du weißt doch, daß du eine Waise bist?“

„Was ist denn das, Sir?“ fragte der unglückliche Oliver.

„Er ist in der Tat ein dummer Junge — ich sah es gleich“, sagte der Herr mit der weißen Weste sehr bestimmt.

„Du wirst doch wissen“, nahm der Herr wieder das Wort, der zuerst gesprochen hatte, „daß du weder Vater noch Mutter hast und vom Kirchspiel erzogen wirst?“

„Ja, Sir“, antwortete Oliver, bitterlich weinend.

„Was heulst du?“ fragte der Herr mit der weißen Weste; und es war in der Tat höchst auffallend, daß Oliver weinte. Was konnte er denn für eine Veranlassung dazu haben?

„Ich hoffe doch, daß du jeden Abend dein Gebet hersagst“, fiel ein anderer Herr in barschem Tone ein, „und für diejenigen, die dir zu essen geben und für dich sorgen, betest, wie es sich für einen Christenmenschen ziemt.“

„Ja, Sir“, stotterte Oliver.

„Wir haben dich hierher bringen lassen“, sagte der Präsident, „damit du erzogen werden und ein nützliches Geschäft lernen sollst. Du wirst also morgen früh um sechs Uhr anfangen, Berg zu zupfen.“

Für die Vereinigung dieser beiden Wohlthaten in der einfachen Beschäftigung des Bergzupfers machte Oliver unter Nachhilfe des Kirchspielsdieners eine tiefe Verbeugung und ward dann eiligst in einen großen Saal geführt, wo er sich auf einem rauhen, harten Bette in den Schlaf weinte. Welch ein ehrenvolles Licht fällt hierdurch auf die milden Ge-seße Englands! Sie gestatten den Armen, zu schlafen!

Armer Oliver! Als er so in glücklicher Unbewußtheit seiner ganzen Umgebung schlafend dalag, dachte er nicht daran, daß das Kollegium an ebendenselben Tage zu einer Entscheidung gelangt war, die den größten Einfluß auf seine künftigen Geschicke ausüben sollte. Die Sache verhielt sich nämlich folgendermaßen: Die Mitglieder des Kollegiums waren sehr weise, den Dingen auf den Grund gehende, philosophisch gebildete Männer, und als sie dazu kamen, ihre Aufmerksamkeit dem Armenhause zuzuwenden, fanden sie mit einem Male, was gewöhnliche Sterbliche niemals entdeckt hätten. Den Armen gefiel es darin nur zu gut! Es war ein regelrechter Unterschlupfsort für die ärmeren Klassen, ein Gasthaus, in dem man nichts zu bezahlen hatte — ein Ort, an dem man das ganze Jahr hindurch auf öffentliche Kosten das Frühstück, das Mittagessen, den Tee und das Abendbrot einnehmen konnte — ein Elysium aus Ziegeln und Mörtel, in dem nur geschertzt und und gespielt, aber nicht gearbeitet wurde. „Oho“, sagte das Kollegium, „wir sind die richtigen Männer, um hier Ordnung zu schaffen!“ So ordneten sie denn an, daß alle Armen die Wahl haben sollten (denn sie wollten um alles in der Welt niemand zwingen) langsam in oder rasch außer dem Hause zu verhungern. In dieser Ablicht schlossen sie mit den Wasserwerken einen Vertrag über die Lieferung einer unbegrenzten Menge Wasser und mit einem Getreidehändler einen eben solchen über die in großen Zeiträumen er-

Ihr Erscheinen und lobte den gefunden, entschlossenen Geist der Jugend, welche so weiterarbeiten soll, wie sie es begonnen hat, um auch noch andere der neugegründeten Jugendabteilung zuzuführen.

Göppingen. Für den Industriebezirk Göppingen-Weislingen fand am 19. Juni in Eislungen eine Vorstandsmitglieder und Vertrauensleutenkonferenz statt. Ueber den Stand unserer Bewegung im Bezirk erstattete Geschäftsführer Reinhardt Bericht. Dabei streifte er die letzten Lohn- und Arbeitszeitabschlüsse. Ohne Organisation wäre dies nicht zu verzeichnen gewesen, zumal die Arbeiterschaft ohne organisatorische Bindungen nicht den Mut besessen hätte, am Rande einer kaum überwundenen Wirtschaftskrise, das durchzudrücken, was erreicht worden ist. Leider hat auch die Krise in unserer Organisation manche Bresche geschlagen, welche wieder ausgefüllt werden und darüber hinaus unsere Position im Bezirk verstärkt werden muß. Redner gab die Richtlinien dafür bekannt.

Bezirksleiter Kollege Bengler sprach über die grundsätzliche Bedeutung unserer Bewegung, wies auf die Gefahren hin, welche der Arbeiterschaft im Allgemeinen und der christlichen Arbeiterschaft im Besonderen drohen. Vor allem gelte es unsern Einfluß zu verstärken, um so auch den Agitationsbestrebungen der Sozialisten bei den christlichen Arbeitern zu begegnen. An die Ausführungen der beiden Redner schloß sich eine lebhafte, vom Geiste des Aufbaues getragene Aussprache an. Es wurden dabei sehr wertvolle Feststellungen gemacht, u. a. wie sich das neue Arbeitszeitabkommen auswirke in unserm Sinne, dem Ueberstundenwesen zu steuern und neue Arbeitskräfte zur Verwendung zu bringen. Der Haltung der christl. Gewerkschaftsführung wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen.

In der nächsten Versammlung wurde von der Konferenz beschlossen, die Werbearbeit nachdrücklich durchzuführen und nichts unversucht zu lassen, den christlichen Metallarbeiterverband vorwärts zu bringen. Bestimmte Werbetage wurden festgesetzt. In der Beitragsfrage wird künftig alles versucht, die Mitglieder in die zuständige Pflichtkasse zu überführen, die von der Verbandsleitung herausgegebenen Fragebogen zur Altersvorsorge bieten hierzu die besten Anhaltspunkte. Sozialistische Werbeerfolge unter der christl. Arbeiterschaft weist die Konferenz zurück und bringt den Willen zum Ausdruck, diesen Versuchen dadurch zu begegnen, indem die christlichen Gewerkschaften, vor allem unser Verband, gestärkt werden.

Gotha. Die Mitgliederversammlung am 25. Juni d. J. wies trotz der schönen Witterung einen guten Besuch auf. Kollege Brötling, Erfurt, behandelte das Thema: Das Arbeitszeitnotgesetz. Obwohl die christliche Arbeiterschaft mit den Bestimmungen des Notgesetzes bei weitem nicht zufrieden ist, manche berechnete Forderungen unerfüllt blieben, wäre es verkehrt, dem Gesetz jeglichen Vorteil abzuspüren. Die Forderung nach dem gesetzlich geregelten Achtstundentag ist eine alte Forderung des Christlichen Metallarbeiterverbandes und wird bis zur restlosen Erfüllung seine Forderung bleiben.

Das Notgesetz setzt als Vergütung für zu leistende Ueberstunden als angemessenen Zuschlag 25 Prozent fest. Es ist nun eine bekannte Tatsache, daß die deutsche Industrie, nach Aussagen von prominenten Persönlichkeiten, immer noch nicht auf der „Höhe“ ist und daher die Wirtschaft Gefahr läuft, bei Zahlung eines 25prozentigen Zuschlages ihre noch „erholungsbedürftigen“ Betriebe einzuschränken oder gar zu schließen. Was machen nun die Regierungsvertreter, die staatlichen Schlichter? Von der „Notlage“ der Industrie überzeugt, wurde als Ueberstundenzuschlag festgesetzt 10 bis 15 Prozent für die 49. bis 59. Stunde, von der 60. Stunde ab 25 Prozent, in seltensten Fällen von der 56. Stunde 25 Prozent. War solches der Wille der Gesetzgeber? Hieraus möge die Arbeiterschaft die Lehre ziehen, durch starken Zusammenschluß in dem Christlichen Metall-

folgenden Lieferungen von kleinen Mengen Hafermehl ab und gaben täglich drei Portionen eines dünnen Mehlsbreis aus; außerdem wurde zweimal wöchentlich eine Zwiebel und des Sonntags eine halbe Semmel gereicht.

Die ersten sechs Monate nach der Aufnahme Oliver Twists war das System in vollem Gange. Das Gemach, in welchem die Knaben gespeist wurden, war eine Art Küche, und der Speisemeister, unterstützt von ein paar Frauen, teilte ihnen aus einem kupfernen Kessel am unteren Ende ihre Haferbreiportionen zu, einen Napf voll, und nicht mehr, ausgenommen an Sonn- und Feiertagen, wo sie auch noch ein nicht eben zu großes Stück Brot bekamen. Diese Nöpfe brauchten nicht gewaschen zu werden, denn sie wurden mit den Löffeln der Knaben solange poliert bis sie wieder vollkommen blank waren; und auch an den Löffeln und Fingern blieben Speisereste niemals hängen. Kinder pflegen eine vortreffliche Eglust zu besitzen. Oliver und seine Kameraden hatten drei Monate die Hungerdiät ausgehalten, vermochten sie nun aber nicht länger mehr zu ertragen. Ein für sein Alter sehr großer Knabe, dessen Vater ein Garfisch gewesen, erklärte den übrigen, daß er, wenn er nicht täglich zwei Nöpfe Haferbrei bekomme, fürchten müsse, über kurz oder lang seinen Bettkameraden, einen kleinen, schwächlichen Knaben, aufzuziehen. Seine Augen waren verflört und rollten wild. Die halbverhungerte Schar glaubte ihm, hielt einen Rat, loszte darum, wer nach dem Abendessen zum Speisemeister gehen und um mehr bitten sollte, und das Los traf Oliver Twist.

Der Abend kam, der Speisemeister stellte sich an den Kessel, der Haferbrei wurde ausgefüllt und ein breites Gebet über der schmalen Kost gesprochen. Die letztere war verschwunden die Knaben flüsterten untereinander, winkten Oliver, und die zunächst Eigenden stießen ihn an. Der Hunger ließ ihn alle Bedenkllichkeiten und Rücksichten vergessen. Er stand auf, trat mit Napf und Löffel vor den Speisemeister hin und sagte freilich mit ziemlichem Beben: „Bitte um Vergebung, Sir, ich möchte noch ein wenig.“

arbeiterverband dem Kapital das abzutrotzen, was es gutwillig nicht hergeben will.

Kirchen-Jungental. Am 11. Juni hatte die Ortsgruppe Kirchen-Jungental ihre Mitglieder zu einer Versammlung im Lokale Lang ein geladen. Die Versammlung war gut besucht. Kollege Andree eröffnete die Versammlung und gab einen kurzen Rückblick über die letzte Zeit im Siegerland. Kollege Gerhardus gab einen Ueberblick über die wirtschaftliche und soziale Lage und besprach auch die Denkschrift, welche die Siegerländer Arbeitgeber betreffend Arbeitszeit an die Regierung gesandt hatten. Eine lebhafte Aussprache beschäftigte sich mit sozialen Fragen. Es wurde auch noch der Vorschlag gemacht, im Monat Juli einen Ausflug zu machen, wo sich die Ortsgruppen der Verwaltungsstelle Beshdorf-Wissen zusammentreffen, um die Familie für die Organisation zu gewinnen.

Oberschlesien. In allen größeren Orten des deutsch-oberschlesischen Industriegebiets haben in den letzten Tagen öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen, die vom Christlichen Metallarbeiterverband einberufen waren, stattgefunden.

In den Orten Gleiwitz, Bobrek, Beuthen, Petersdorf und Laband war die Aussprache nach den Ausführungen der Redner besonders lebhaft. Dabei beschäftigten sich die Diskussionsredner auch mit den Verhörungen, die von gewerkschaftsfeindlicher Seite unterstützt werden. Es wurde gefordert, in einer Entschliesung den Willen der Versammlung zum Ausdruck zu bringen. Eine solche erhielt nachstehende Fassung und fand einstimmige Annahme:

In öffentlichen Versammlungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes haben sich zahlreich versammelte Metallarbeiter Deutsch-Oberschlesiens erneut eingehend damit beschäftigt, in welcher Weise eine Neuregelung der Arbeitszeitverhältnisse für die Hüttenarbeiterschaft zu erfolgen hätte. Die Versammelten sind einmütig der Auffassung, daß die Hüttenarbeiter bei Ausübung ihrer Berufstätigkeit den Einwirkungen von Hitze, Rauch, Staub, giftigen Gasen und sonstigen gesundheitschädlichen Einflüssen in erheblichem Masse ausgesetzt sind. Die Versammelten fordern größeren Schutz für die Gesundheit dieser Arbeiter. Unter Hinweis auf die in der Denkschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes an die deutsche Reichsregierung vom 14. März cr dargelegten Gründe wird von den dafür zuständigen Reichs- und Staatsbehörden, von den gesetzgebenden Körperschaften und sonstigen dazu berufenen Organen unseres Wirtschaftslebens die beschleunigte Inangriffnahme von Maßnahmen zur Wiedereinführung der dreigeteilten achtstündigen Arbeitszeit erneut dringendst gefordert.

Die Versammelten sprechen dem Vorkämpfer für die Verkürzung der Arbeitszeit in der Hüttenindustrie, ihrem Führer Verbandsvorsitzenden Franz Wieber, Dank und Vertrauen aus.

Artikellangabe

Internationale Wirtschaftspolitik (Der Arbeitgeber, Berlin, Nr. 12), Abbau der Automobilzölle (Industrie- und Handelszeitung, Berlin, Nr. 151), Schwerindustrie und Fertigindustrie (Echo vom Niederrhein, Duisburg, Nr. 178), Konjunktursymptome (Der Deutsche, Berlin, Nr. 150).

Die Bilder „Am Hafen“ sind in dem Kalender Kunst und Leben, Verlag Sender und die Ubbelohde der Bildermappe „Volkslieder“, Stiftungsvorlag Potsdam, erschienen. Wir können beide nur empfehlen.

Der wohlgenährte, rotwangige Speisemeister erblickte, starrte den kleinen Rebellen wie betäubt vor Entsetzen an und mußte sich am Kessel festhalten. Die Frauen waren vor Erstaunen, die Knaben vor Schreck sprachlos. „Was willst du?“ fragte der Speisemeister endlich mit schwacher Stimme. Oliver wiederholte unter Furcht und Zittern seine Worte, und nunmehr ermannte sich der Speisemeister, schlug ihn mit dem Löffel auf den Kopf und rief laut nach dem Kirchspielsdiener.

Das Armenkollegium war eben versammelt, als Mr. Bumble in großer Erregung hereinstürzte und, zu dem Herrn auf dem hohen Stuhle gewandt, sagte: „Mr. Limbkins, ich bitte um Verzeihung, Sir! Oliver Twist hat mehr gefordert.“

Das Kollegium war starr. Entsetzen über eine solche Frechheit malte sich auf allen Gesichtern.

„Mehr?“ erwiderte Mr. Limbkins. „Fassen Sie sich, Bumble, und antworten Sie mir klar und deutlich. Verstehe ich recht, daß er mehr gefordert hat, nachdem er die von dem Direktorium festgesetzte Portion verzehrt hatte?“

„Ja wohl, Sir“, entgegnete Bumble.

„Denken Sie an mich, Gentlemen“, sagte der Herr mit der weißen Weste, „der Knabe wird dereinst gehängt werden.“

Niemand widersprach dieser Prophezeiung. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion. Oliver wurde auf Befehl des Kollegiums sofort eingesperrt, und am nächsten Morgen wurde ein Anschlag an die Außenseite des Tores geklebt, in dem jedermann, der Oliver Twist zu sich nehmen wollte, die Summe von fünf Pfund zugesprochen wurde — mit anderen Worten, man bot Oliver Twist um fünf Pfund an jedermann aus, sei es Mann oder Frau, der einen Lehrling oder Laufburschen brauchte, gleichviel wer und in welchem Handwerke oder Geschäfte.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschafts-Technik

Nummer 12

Duisburg, den 9. Juli 1927

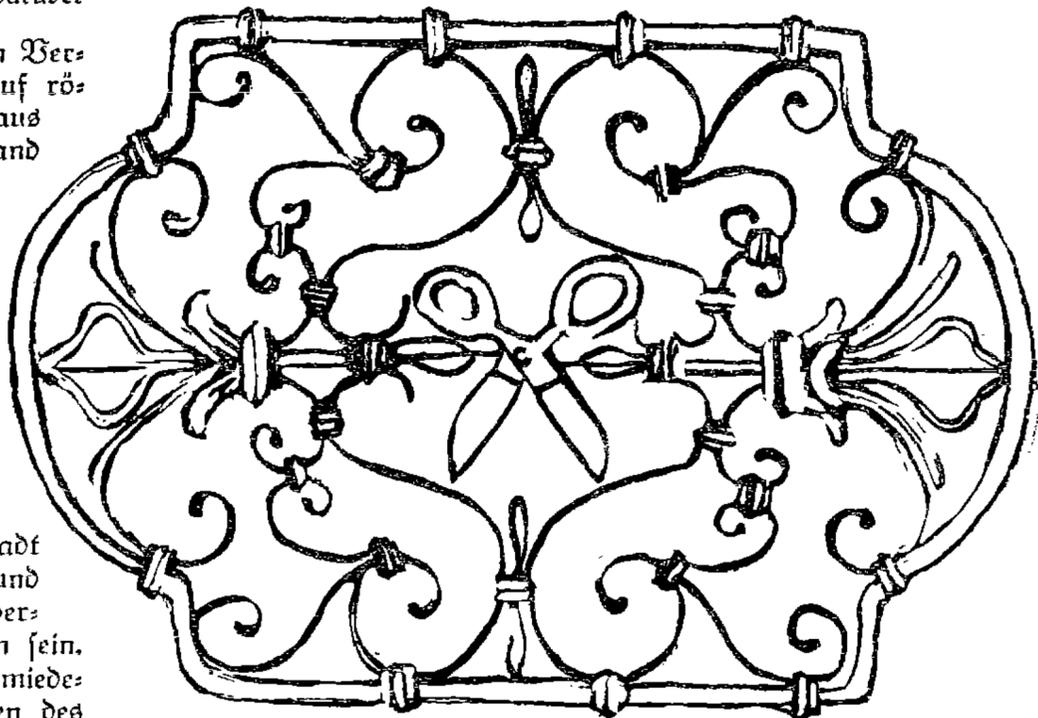
Nummer 12

Metallarbeitschafften im Wechsel der Zeit

Die große Münchener Handwerksausstellung, deren Besuch wir allen Kollegen, die eben die Möglichkeit dazu haben, nur empfehlen können, gibt ein selten gutes Bild vom Metallarbeitschafften aller Zeit, von den Tagen der Hallstattperiode, d. h. der Bronzezeit ungefähr 1000 vor Christi Geburt bis in die moderne Zeit. Wir haben unsern Mitarbeiter, Prof. Birkenbihl, München, ersucht, uns darüber einige Darlegungen zu machen.

Das Altertum scheint für die Schönheit des Eisens kein Verständnis gehabt zu haben. Sowohl auf griechischem, wie auf römischen Boden hat sich kein einziges bedeutendes Kunstwerk aus Schmiedeeisen gefunden. Im 7. Jahrhundert v. Chr. erfand Glaukos aus Chios, der in Jonien seine Werkstätte hatte, die Kunst, das Eisen zu schweißen. Er soll davon bei ornamentierten Dreifüßen Gebrauch gemacht haben. Die Römer schätzten das Eisen bei der Herstellung von Waffen und Werkzeugen. In letzteren erreichten sie eine Zweckmäßigkeit, die die Werkzeuge wie Hammer, Säge, Meißel, Bohrer, Sichel und Sense noch heute brauchbar erscheinen läßt. In ihren Lagern auf deutschem Boden hat sich manches davon erhalten. Das Münchener Nationalmuseum besitzt das Inventar von Schmiedewerkstätten, die in Pullach und Grünwald, ganz nahe bei München, entdeckt wurden. Auf der Ausstellung zeigt die Stadt Augsburg Baummesser, Pflugscharen, Pferdetranssen und Schreibzeugzirkel, die man im römischen Legionslager Oberhausen fand; sie dürften um das Jahr 5 n. Chr. entstanden sein. Die ersten bemerkenswerten Erzeugnisse der deutschen Schmiedekunst sind Türbeschläge. Erhalten haben sich diese Arbeiten des 9. und 10. Jahrhunderts nicht, aber aus Abbildungen wie der Bibel Karls des Kahlen (9. Jahrhundert) und dem Prümer Antiphonar (10. Jahrhundert) — beide befinden sich heute in der Nationalbibliothek zu Paris — lernen wir solche Türbeschläge kennen.

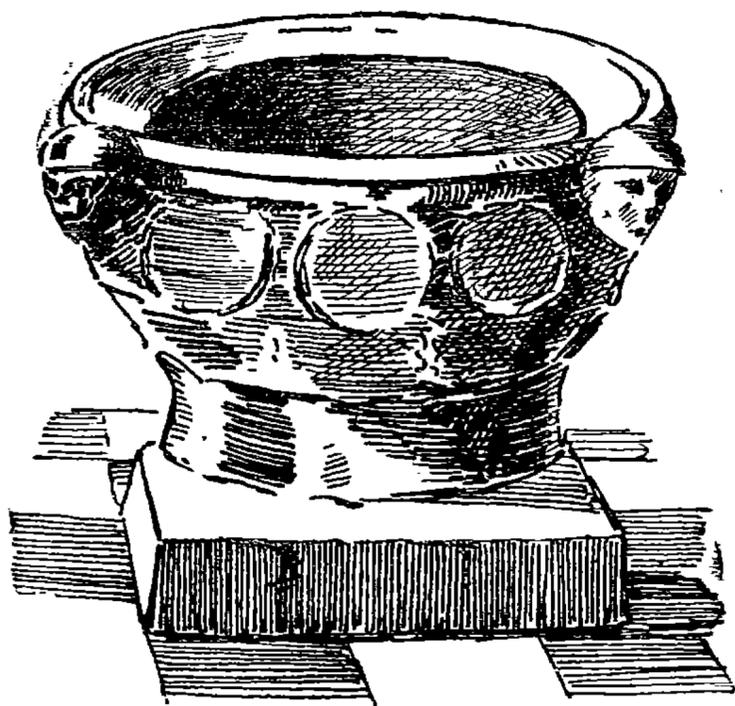
Die älteren Beschläge dienten nur praktischen Zwecken. Sie sollten die Tür fest in den Angeln halten und das Öffnen und Schließen erleichtern. Allmählich geht man dazu über, die Beschläge als Schmuck zu verwenden. Um das Holz vor der Verwitterung zu



Handgeschmiedetes Fenster eines Schneiderzunftshauses, 16. Jahrhundert.

schützen, überzog man es mit farbigem Leder, von diesem Untergrund hoben sich dann die Beschläge wirkungsvoll ab. Wie die deutschen Baumeister so sind auch die Schmiede der Gotik durch besonderen Reichtum der Erfindung ausgezeichnet. Auf den interessanten Kirchentüren zu Veiersdorf (Sachsen) und Eisdorf (Kreis Merseburg) sind zwischen den wagrechten Flachstäben der Beschläge primitiv gestaltete Vögel, Salamander, Schlangen, Fische und Hirsche angebracht, die lediglich zur Ausschmückung dienen.

Die erste Blütezeit der Schmiedekunst, das 13. Jahrhundert, ist gekennzeichnet durch eine namhafte Vervollkommnung der Technik, Veredlung der Formen und einen Reichtum der Phantasie. Das Beste, was die Schmiede schafften, sind noch immer die Beschläge der Kirchenportale. Namentlich in Frankreich. Was dort die Meister am Anfang des 13. Jahrhunderts in Beschlägen leisteten, ist von keiner späteren Zeit übertroffen worden. Den Höhepunkt dieses Kunstschaffens bilden die Seitentore der Kathedrale Notre-Dame zu Paris. Die späteren Kunstschmiede stauten diese Beschläge so an, daß sie glaubten, ihr Meister müsse bei seiner Arbeit Hilfe aus dem Geisterreich erhalten oder das Geheimnis besitzen haben, das Eisen leicht zu gießen. Frankreich kennt damals auch schon das Arbeiten mit Gesenken, das den deutschen Meistern noch verborgen ist. Das einzelne Ornamentstück wurde vertieft in hartes Eisen oder Stahl eingehauen und in diese Form das Eisen hineingehämmert. In Frankreich erweitert sich damals schon der Kreis der Eisenarbeiten; man stellt aus Freude am Eisen auch Kerzenleuchter, Kaminböcke, Lesepulte und dergleichen her. Für die deutschen Schmiede bedeutet das 14. und 15. Jahrhundert einen Stillstand, ja sogar einen Rückschritt in der künstlerischen Entwicklung. Die Technik ändert sich: Die Ornamente werden nicht mehr geschmiedet, sondern mit Meißel und Feile aus dem kalten Eisen herausgebildet. Die Führung hat Italien, namentlich Oberitalien. Es sind dabei nicht etwa große Stücke, die man arbeitet, sondern Werke der Kleinkunst: Laternen, Fackel- und Fahnenhalter, Beschläge usw. Als ein sehr seltenes und schönes Stück der deutschen



Alter Bronzekessel.

Dazu kommen noch die Reliefs am Elfenbeinweihwassergefäß des Doms von Aachen, das derselben Zeit angehört. Diese bildlichen Darstellungen sowohl wie die erhaltenen Arbeiten lassen darauf schließen, daß die deutsche Schmiedekunst — nicht das ältere Schmiedehandwerk — ihren Ausgang von Türbeschlägen genommen hat.

Schmiedekunst der Gotik zeigt die Ausstellung ein Vorhängeschloß in Form einer Minneburg aus der Zeit um 1450. Die Burg ist ganz aus Eisen geschmiedet, mit Türmen und Zinnen versehen. Aus dem Dach ragt der Wächter, der eben ins Horn bläst, um den Angriff zu künden. Aus vier Türmen, die das Dach überragen, schauen Frauen herunter. An jeder Längsfront steigen je zwei Ritter, das Schwert auf dem Rücken, auf Leitern zu den Schönen empor.

Ihren höchsten Glanz erreicht die deutsche Schmiedekunst im 18. Jahrhundert. Die zahlreichen Schloßbauten und Lustgärten der geistlichen und weltlichen Fürsten, sowie des Adels gaben ihr ein weites, reichlohnendes Feld. Auf der Ausstellung ist diese Periode vertreten durch den König der deutschen Kunstschlosser, den Würzburger Hofschlosser Johann Georg Degg (1703—80). Wir werden auf ihn in einer eigenen Abhandlung zurückkommen. Sein großes Bittertor von der Würzburger Residenz (um 1763 gefertigt) bietet freilich nur ein Miniaturbild seines Könnens. Auf einem schmalen Sockel mit Rocaille-Ornamenten erheben sich um den Mittelstab je fünf Vierkantisenstäbe, die in Rocailles und Blattornamente auslaufen. Ueber dem Mittelstab kreuzen sich zwei Palmzweige, von aufgelegten Schildern gehalten. Gleich nebenan sieht man den Meister in seiner Werkstatt, von dem tüchtigen Würzburger Maler Georg Anton Urlaub porträtiert (Eigentum des Luitpoldmuseums Würzburg). Da ist auch der große Schlüssel, am entzückenden Rankenwerk deutlich als eine Arbeit Deggs erkennbar, den er als Aushängeschild und Pokal für seine Hofschlosser fertigte. Auch von ihm werden wir noch Merkwürdiges zu erzählen haben. Eine elegante Arbeit, teils in Eisen, teils in Messing, ist die wappengeschmückte Siegelpresse, die Degg 1748 für die Kanzlei seines Fürstbischofs herstellte. Auch sie hat das Luitpoldmuseum der Ausstellung überlassen. Ein Gegenstück zum Schlüssel Deggs ist der allerdings wesentlich schlichtere, den man dem tüchtigen Regensburger Schlossermeister David Nordmann (Mitte des 18. Jahrhunderts) zuschreibt; auch bei ihm diente das verschließbare Rohr als Zunftpokal. Aus der fröhlichen Zeit des Rokoko stammt auch die Sammlung von Waffeleisen, die das Historische Museum der Stadt München zur Verfügung gestellt hat. Die Waffelbäckerei war in der Zeit Goethes und Schillers in den bürgerlichen Familien sehr verbreitet. Wenn Besuch kam oder man sich so einen guten

Tag machen wollte, dann wurden Waffeln gebacken. In allen bedeutenderen Museen findet man deshalb heute noch die Waffeleisen. Die Stücke des Raumes 6 tragen an einem langen, schmalen meist die runde Form von etwa 25 Zentimeter Durchmesser. Verschiedene zeigen die Wappen ihrer Besitzerinnen, den Abschluß nach dem Rande hin bildet ein schmaler Kreis mit dem Namen, bei adeligen auch noch dem Mädchennamen. Ueber der Helmzier steht gewöhnlich die Jahreszahl. Der künstlerische Wert ist verschieden. Auf einem sieht man in grober Holzschnittmanier Adam und Eva zu beiden Seiten des Baumes mit der Schlange, aus dem Boden wachsen Blumen, die Herzen als Blüten tragen. Ein anderes zeigt die damals so beliebte Parforcejagd auf Hirsche und Hasen. Ein sonderbares Stück ist die Luchschere aus dem Luitpoldmuseum Würzburg. Sie trägt die Meistermarke und hat in der Mitte der Flügel zwei starke Holzgriffe. Das Merkwürdige an dem Riesensägewerkzeug ist, daß die breiten Flügel nicht wie heute durch Nieten übereinander gehalten werden, sondern nach Art unserer Zuckergangen einen halbkreisförmigen federnden Abschluß haben, so daß also die ganze Schere aus einem Stück gearbeitet ist.

Schon im Altertum war es fromme Sitte der Gottheit ein Geschenk in Form eines *Botivbildes* zu machen. Einige interessante Stücke aus dem Nationalmuseum und der Sammlung Rirsch (Berchtesgaden) zeigt ein Schrank. Es sind meist Kinder, in einem Falle gleich zwei, durch ein Joch verbunden; auch ein Schwein ist dabei. Bei der Erkrankung der Tiere gelobten die Landleute ein solches eisernes Geschenk in eine Wallfahrtskirche. Das Typische bei diesen Botivgegenständen ist, daß der Körper übermäßig lang und die Beine zu kurz sind. Da ist auch die Kröte, jenes eigentümliche Weiheschenk, das bis heute nicht richtig erklärt werden konnte. Im Volke heißen die Kröten „Bärmütter“. Schon bei den alten Griechen und Römern findet sich die Vorstellung, die Gebärmutter sei ein selbständiges Lebewesen. In ganz Süddeutschland, vom Elsaß bis tief in die österreichischen Alpenländer opferten die Frauen bei Erkrankung der Unterleibsorgane, wohl auch um eine leichte Geburt zu bekommen, solche Kröten aus Wachs, Silber oder Eisen. Ein schönes Stück besitzt auch das kleine Heimatmuseum Fürstenseefeldbruck bei München. Unter den ausgestellten Botiven befinden sich auch zwei geschmiedete Frauenfiguren. Sie stellen der Kunst des Dorfschmiedes kein besonderes Zeugnis aus; die eine Figur hält die Hände betend erhoben, die andere stützt sie in die Hüften. Prof. Dr. M. Birkenbihl-München.

Aus den Kinderjahren der Eisenbahn

Es mag vor hundert Jahren ein wildes Durcheinander der Meinungen gewesen sein, als Stephensons erste Lokomotive in einem „Lempo“ von 10 Kilometern durch die Landschaft „raste“. Gelehrte und Ungelehrte, Weise und Unweise stritten heftig und andauernd über Wert oder Unwert der neuen Tat. Einen kleinen Auschnitt aus den Meinungen der damaligen Zeit bietet in einem Feuilleton die Rh.W.Ztg. vom 27. Juni, die folgende launige Anekdoten zum Besten gibt:

nach welchen Kämpfen! Ein Abgeordneter redete zwei Stunden und meinte schließlich:

„Wenn nun so ein Zug mit einer Geschwindigkeit von 12 Kilometern in der Stunde daherbraust (!) und es läuft ihm eine Kuh in den Weg. Das dürfte doch sehr peinlich werden . . .“

„Natürlich. Für die Kuh“, sagte Stephenson.

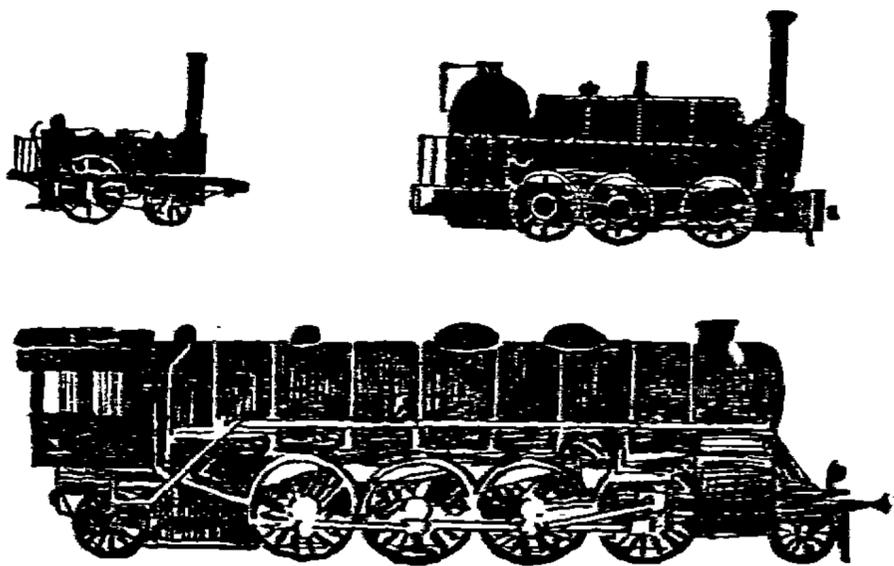
Ein anderer meinte, die Gänge müßten auf der Landstraße scheuen, wenn sie die rotglühenden (!) Schornsteine der Lokomotiven zu sehen bekämen. Außerdem könne die Eisenbahn ja nur bei schönem Wetter verkehren, da jeder bessere Regen sofort die Glut im Kessel auslöschen würde. Aus diesem Grunde schlage er vor, die Lokomotive mit Wolldecken einzuhüllen. Aber die Gegner heulten und tiefen, jeder Wind werde die Decken einfach fortwehen.

So stritt man sich in England. In Deutschland hatte man Gewissensbisse, ob Menschen das Fahren in der Bahn überhaupt vertragen könnten. Ein Konsortium bedeutender Mediziner verfaßte eine Denkschrift, in der es hieß:

„Bei einer so enormen Schnelligkeit von 16 Stundenkilometern kann kein Mensch im Zuge sitzen bleiben; ohne daß sich Schwindel und Erbrechen einstellen müssen. Es ist daher anzuraten, die Schienenwege mit hohen Holzzäunen zu umgeben!“

Die größte Opposition aber kam von seiten der Landwirte, die alle möglichen Argumente anzuführen hatten. So behaupteten sie, die aus den Schornsteinen fliegenden Funken seien nicht nur (was nicht bestritten werden kann) eine Gefahr für Wälder, Scheunen und strohgedeckte Häuser, sondern auch für die Viehzucht, denn weder ein Pferd noch eine Kuh werde in Zukunft das Gras oder Heu fressen, auf das die vielen Funken gefallen seien. Und die heute noch oft erzählte Geschichte von dem Bauern, der sein Leben lang lieber überall zu spät kam, als sich einmal in die Bahn zu setzen, beruht sicher auf einem wahren Hergang.

Als sich aber dann die Eisenbahn durchgesetzt und eingebürgert hatte, da lief sie auf einmal den Leuten nicht schnell genug. 16



Die Lokomotive von 1830, 1850 und 1927.

Wir schimpfen heute höchstens, wenn ein Zug mal zu langsam fährt und können uns nicht vorstellen, daß unsere Vorfahren krank wurden bei dem Gedanken, sich in die Eisenbahn setzen zu müssen. 1825 beriet das englische Parlament über die Einführung der von Stephenson konstruierten ersten Lokomotive auf der ersten je befahrenen Strecke Stockton—Darlington. Stephenson siegte, aber

Kilometer? Viel zu langsam, 26 sollte sie laufen und mehr. Natürlich waren es die vorlauten Berliner, welche zuerst über das Schnecken tempo schimpften. Einer schrieb schon 1843 an die Direktion der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn:

„Es geht nicht an, daß Sie Ihre Fahrgäste ständig durch Bettler belästigen lassen, besonders aber müssen Sie dafür sorgen, daß nicht dauernd Invaliden mit Krücken und Holzbeinen bettelnd neben den Zügen herlaufen.“
C. S.

Die Stadt Abrahams und die Metallarbeiter

Die Metallarbeiter aller Zeiten sind doch ohne Zweifel tüchtige Kerle gewesen. Man mag forschen und graben wo man will, in Amerika, in China, in Italien und Deutschland, überall zeigt sich, welche großen Werke gerade von den Metallarbeitern geschaffen worden sind. Vor einiger Zeit sind nun in Ur in Chaldäa wertvolle Metallarbeiten gefunden worden. Ur in Chaldäa ist die Heimatstadt Abrahams, aus der dieser nach Palästina auszog. Diese Stadt war schon tausende von Jahren alt, als Babylon und Ninive erst gegründet wurden. In Ur und den anderen Städten, die am Endlauf von Euphrat und Tigris lagen, wohnten damals die Sumerer. Die Sumerer hatten ein hochstehendes Staatswesen und eine Wirtschaftsform, die wesentlich genossenschaftlich aufge- zogen war.



Gehämmerte Bronze. Etwa 2500 vor Christi Geburt aus Ur in Chaldäa.

zunächst auf, daß sie durchweg solide aus gebrannten oder getrockneten Ziegelsteinen aufgeführt waren. Die Mehrzahl der Bauten war zweistöckig. Die Bauart und Anordnung der Häuser ist die gleiche gewesen, wie sie heute noch in Bagdad und Basrah gefunden wird. — Die oftmals gemachte Entdeckung, daß man unter den Häusern Begräbnisstätten fand, läßt den Schluß zu, daß diese Sitte weit verbreitet gewesen sein muß. Bei einigen Häusern wurden sogar Anbauten freigelegt, die allem Anschein nach als Leichenkapellen dienten. Besonderes Interesse beansprucht auch ein Fund, der in einem Hause in Tongefäßen, die rund um einen Altar gruppiert waren, die Ueberreste der Leichen von 30 Kindern zutage förderte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieses Gebäude einer Gottheit geweiht war, die als Patron der Kinder galt.

Ferner brachten die Ausgrabungen auch eine Reihe antiker Kunstgegenstände ans Licht. Verschiedene Geräte aus Bronze und Gold, sehr gut gearbeitet, darunter mehrere Toiletteartikel in feinsten phönizischer Ausführung, erregten allgemeine Bewunderung. Besonders fiel auch eine reich verzierte Tafel mit Inschrift auf. Für die Blüte der Kunst im alten Mesopotamien zeugten die Goldfunde. Man sieht diesen Gegenständen schon auf den ersten Blick ihre ungemein sorgfältige Herstellung an. Waffen und Geräte aus Gold mit reichsten Verzierungen verraten deutlich ihre Bestimmung zur Verwendung bei zeremoniellen Handlungen. Als schönstes Stück dieser Art wurde von dem Forscher ein Dolch mit Scheide, aus Gold und Lapislazuli gearbeitet, bezeichnet, der in verschwenderischer Weise mit Filigranarbeiten geschmückt war. In einer der ältesten Zeit angehöriger Schicht wurde ein Gerät aus Eisen freigelegt. Nicht zu vergessen sind bei den Funden auch einige Siegelrollen, die für die Beurteilung der Kunstfertigkeit jener Zeit wichtige Anhaltspunkte bieten.
W.

In dieser Stadt Ur sind nun eine Reihe großer Forschungsergebnisse getätigt worden und zwar kann man sich jetzt ein genaues Bild der Stadt machen, wie sie ungefähr 2000 Jahre vor Christi Geburt ausgesehen hat. Bei der Bauweise der Häuser fiel

Vom Rennfeuerchen zum 1000-Tonnen-Hochofen

II.

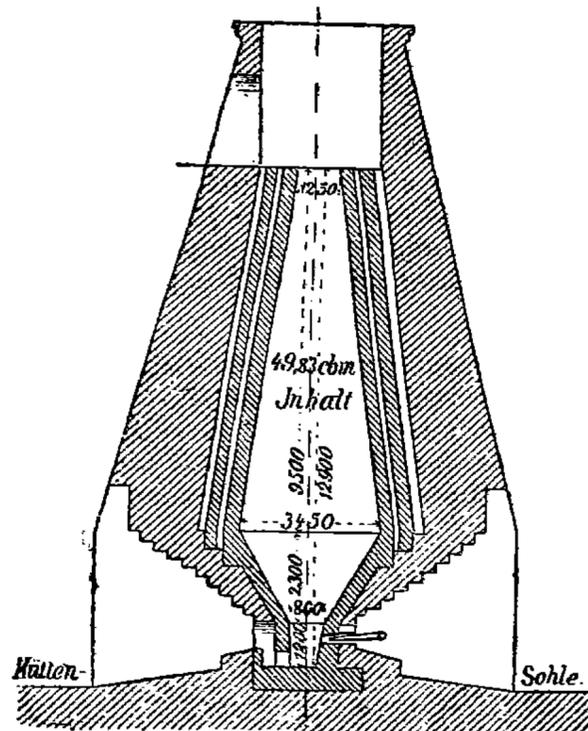
Es begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Eisens, als man das Erz in „hohen Defen“ (Hochöfen) unter Anwendung durch Kraftmaschinen gepreßten Windes auf Roheisen verhüttete und dieses Roheisen entweder direkt zu Gußwaren verarbeitete oder dasselbe in schmiedbares Eisen umwandelte.

Mit der Einführung des Koks zum Hochofenbetrieb zögerte die deutsche Eisenindustrie, welche infolge des Dreißigjährigen Krieges ihre erste Stelle in der Eisenerzeugung an England abgegeben hatte, bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Nach mehreren misslungenen Versuchen in Sulzbach bei Saarbrücken und in Sterkrade bei Oberhausen wurde der erste Koks-Hochofen in Deutschland in Gleiwitz in regelmäßigen Betrieb gesetzt, und von da aus hat sich allmählich in Deutschland die Anwendung des Koks als Brennmaterial bei der Herstellung von Roheisen mehr und mehr verbreitet.

Jedoch behaupteten lange nach der Einführung des Koks zum Betrieb des Hochofens die Holzkohlen ihre Anwendung bei der Herstellung des Schweiß Eisens. Alle in England angestellten Versuche scheiterten an der schlechten Qualität des Erzeugnisses, und erst im Jahre 1784 gelang es dem Engländer Cort, ein Verfahren zu erfinden, schmiedbares Eisen im Flammofen mit Steinkohlen herzustellen.

Cort hatte anfänglich jedoch weniger Erfolg und erst als er daran ging, das flüssige Eisenbad mit langen eisernen Stangen umzurühren, um dem Sauerstoff immer neue Angriffsflächen zu bieten, ging es vorwärts. Dieser Prozeß, Puddelverfahren (to puddle, umrühren), war äußerst mühsam und schwierig. Im Anfang verstand man jedoch nur, weiches schmiedbares Eisen auf dem Herde des Flammofens herzustellen, und erst im Jahre 1835 gelang es dem Altmeister der österreichischen Eisenhüttenkunde Lunnar in Kärnten, wo die Bedingungen hierfür sehr günstig lagen, auch Stahl im Puddelofen herzustellen. Die eigentliche Ausbildung dieses Verfahrens geschah jedoch auf einigen westfälischen Werken zu Limburg an der Lenne,

Haspe, Hörde usw., welche Werke auf der im Jahre 1851 stattfindenden Weltausstellung zu London berechtigtes Aufsehen durch ihren Puddelstahl erregten.

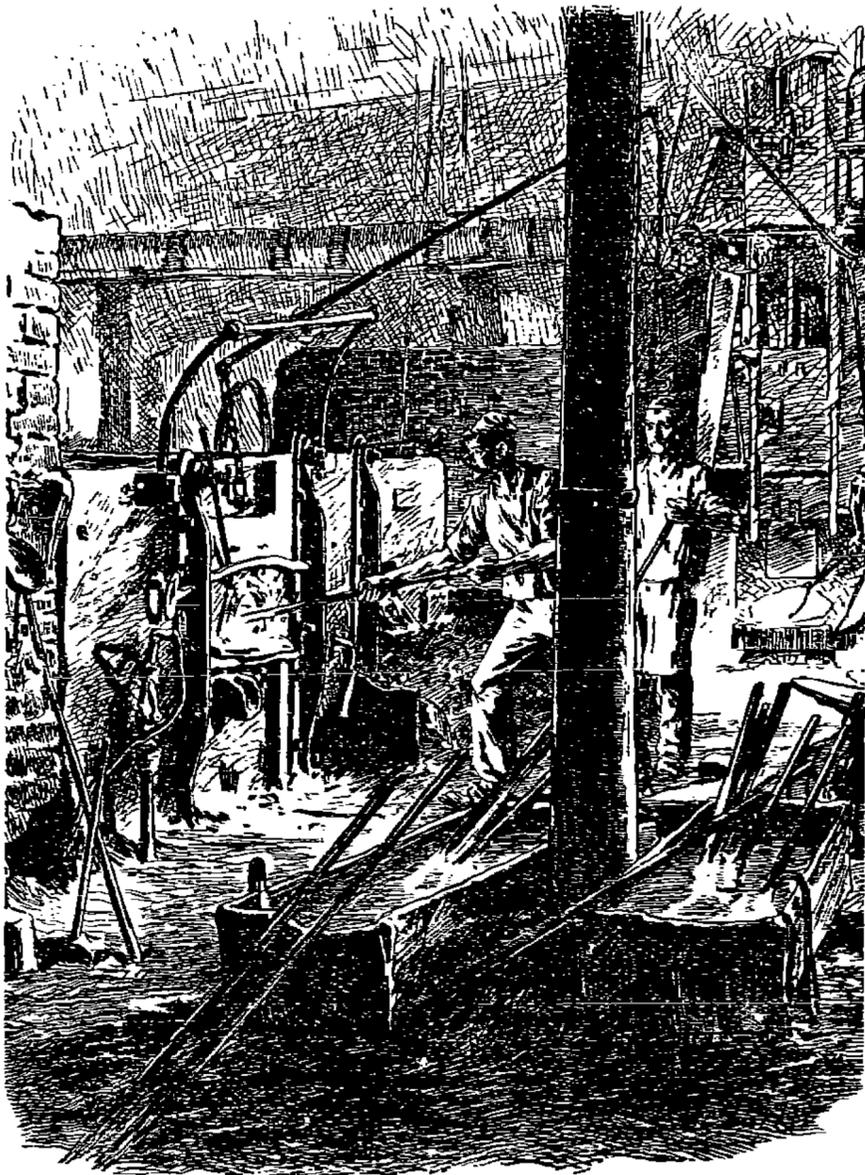


Erster deutscher Koks-Hochofen, Gleiwitz 1796.

In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde im Hochofenbetrieb eine Neuerung durch den württembergischen Bergrat Faber du Faurin Walsersalgingen eingeführt, welche den Brennstoffverbrauch zur Herstellung des Roheisens wesentlich verminderte. Die dem Hochofen entströmenden, noch eine Menge brennbarer Bestandteile enthaltenden Gase wurden zur Erhitzung des Gebläsewindes benutzt, welcher durch eiserne, von außen erhitzte Röhren geleitet wurde. Hierdurch wird

ein großer Teil der Wärme, die durch die Gase dem Hochofen entführt werden, für denselben wieder nutzbar gemacht. Nachdem die eisernen Winderhitzer mehrere Jahrzehnte hindurch gute Dienste geleistet hatten, wurden dieselben durch die von den Engländern Whitwell und Cowper anfangs der sechziger Jahre eingeführten steinernen Kammerwinderhitzer, welche eine höhere Erhitzung des Gebläsewindes ermöglichen, allmählich verdrängt.

Mit dem Auftreten des Flußeisens beginnt der dritte und letzte Abschnitt in der Geschichte des Eisens. Kleinere Mengen Flußmetall wurden schon 1770 von Huntsmann in Liegeln erzeugt, allein erst in der Mitte dieses Jahrhunderts war es durch die Erfindung Bessemer's möglich, solche Massen Flußeisen und Flußstahl zu erzeugen, daß das gesamte Eisenhüttenwesen



Puddler an der Arbeit.

hierdurch eine tiefgehende Umwälzung erfährt. Die Roheisendarstellung hat ihre Bedeutung beibehalten, denn auch beim neuen Bessemerprozeß, bei welchem die Ueberführung des Roheisens in schmiedbares Eisen durch Einblasen von Luft in das Metallbad geschieht, muß zuerst Roheisen hergestellt werden, welches in einem zweiten Prozeß auf die eben erwähnte Weise in schmiedbares Eisen übergeführt wird. Anfangs glaubte man, daß sich sämtliches Roheisen, ohne Rücksicht auf dessen chemische Zusammensetzung, in schmiedbares Eisen überführen ließ, bald jedoch zeigte sich, daß der Prozeß nur bei ganz phosphorarmen Roheisensorten ein brauchbares Produkt lieferte. Da Deutschland arm an phosphorreinen Erzen ist, so mußte das Roheisen zum Bessemerprozeß aus England bezogen werden, oder man war auf den Bezug der reinen spanischen Erze angewiesen.

Mit der Anwendung einer geeigneten Ofenausfütterung durch den Engländer Thomas, welche es gestattet, auch den Phosphor aus dem Eisen zu entfernen, trat für Deutschland ein bedeutender Umschwung ein, da der Reichtum Deutschlands an phosphorreichen Erzen auf die Ausbildung und Anwendung dieses Verfahrens hinführte.

Die Flußeisenerzeugung auf dem Herde eines Flammofens wurde von dem Franzosen Martin unter Benutzung der von Siemens in die Feuerungstechnik eingeführten Wärmespeicher gezeigt, und nach der Erfindung von Thomas gelang die Uebertragung des basischen Ofenfutters auf den Martinprozeß ohne Schwierigkeit.

Schon seit den fünfziger Jahren war es den rastlosen Bemühungen Meners auf dem Bochumer Verein gelungen, auch den Stahl in die Reihe der gießbaren Metalle einzureihen. Anfangs wurde das Verfahren geheim gehalten, heutzutage ist dasselbe Gemeingut im Eisenhüttenwesen geworden, und namlich in Deutschland werden Stahlwerke von derselben Größe angefertigt, wie man sie bisher nur in Rußland ausführen konnte.

Der Hochofen war noch immer nicht vollkommen, unablässig wurde daran gearbeitet. Burgers-Gelsenkirchen, Lühmanna-Georgs-Marienhütte und Bansen-Larnowitz waren mit die hauptsächlichsten Gestalter am Hochofen. Heute steht die Leistungsfähigkeit des Hochofens fast unerreicht da. 1000 Tonnen wirt er in einer Schicht in den Betrieb. Es ist doch ein ungeheurer Weg gewesen, bis die Technik den Hochofen zu der jetzigen Leistungsfähigkeit brachte. Ein Zeichen aber auch, wie sehr die Arbeiterschaft daran mitwirkte, denn ohne sie wäre es nicht zustande gekommen. Das sollte sich die Arbeiterschaft viel mehr merken und ihre Konsequenzen daraus ziehen.

Die Beschaffenheit guter Isolierbänder

Von Isolierbändern verlangt man, wie die UEG.-Mitteilungen schreiben, neben guten Isolationswerten vor allen Dingen eine gute Klebfähigkeit, die lange Zeit erhalten bleiben soll. Feststellen kann man sie qualitativ schon durch Abziehen des Bandes mit der Hand, doch ist eine gewisse Erfahrung notwendig, um danach urteilen zu können. Beim Abziehen im Dunkeln muß ein gutes Isolierband an der Ablösungsstelle aufleuchten. Die Stärke dieses Leuchtens ist außer von der Materialgüte auch von der Geschwindigkeit des Abziehens abhängig.

Um zahlenmäßig vergleichbare Werte zu erhalten, wickelt man z. B. das Band von 610 Millimeter Länge und 19 Millimeter Breite auf einen Dorn von 25,4 Millimeter Durchmesser mit einer Spannung von 3,4 Kilogramm und einer Geschwindigkeit von 760 Millimeter-Minuten. Das Band läßt man dann mit einer Spannung von 1,36 Kilogramm wieder abrollen, wobei sich keine größere Abrollgeschwindigkeit als 760 Millimeter-Minuten ergeben darf. Der Versuch wird nach einer beschleunigten Alterung, z. B. nach 24stündigem Lagern in trockener Luft von 70 Grad, um die Dauer der Klebfähigkeit zu prüfen, wiederholt. Weiterhin dienen zur Beurteilung der Qualität die Feststellungen der Zugfestigkeit, der Porosität, etwaiger Inselbildung, der Fadenzahl und des Streichungsverhältnisses des Bandes. B.

Bekanntmachung

Donntag, den 10. Juli, ist der 29. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter.

Hauptteil: Ford's Lohnmotiv und die deutsche Wirtschaft, S. 433. Gedicht: Wir Arbeiter, S. 434. Rationalisierung und Lohngestaltung, S. 434. Um den Achtstundentag in der Schwerindustrie, S. 436. Monopolkämpfe auf dem Weltmarkt, S. 437. Man muß klagen, etwas bleibt hängen, S. 438. Europas Stellung in der Weltwirtschaft, S. 439. Umschau: Tempo in der Eisenproduktion, S. 440. Onkel Toms Hütte in Deutschland, S. 440. Baustoffverteuerung, S. 440. Die Schraubenindustrie geht gut, S. 440. Der Arbeitsmarkt bessert sich, S. 440. Trufts wollen mehr Freiheit, S. 440. Ueberstunden oder eingesperrt, S. 440. Hoelsch dehnt sich aus, S. 440. Der Achtstundentag als Lebensverlängerer, S. 440. Chlorkalium und Erkrankungserscheinungen, S. 441. Regierungsrat a. D. Dr. jur. Walter Pitschke †, S. 441. Unterhaltung: Oliver Twist, S. 441. Aus den Betrieben: Mehrarbeitszuschläge in Nordwest, S. 441. Mehr arbeiten und weniger verdienen, S. 441. Waren die Ueberstunden schuld?, S. 442. Eine herbe Lektion, S. 442. Kann der Betriebsobmann entlassen werden?, S. 443. Mindestlohn und Akkordlohn, S. 443. Bezirksgebiet: Dettingen a. Main, S. 443. Göppingen, Gotha, Kirchen Jungental, Oberschlesien, S. 444. Artikelangabe: S. 444.

Wirtschaft — Technik. Metallarbeiterschaften im Wechsel der Zeit, S. 445. Aus den Kinderjahren der Eisenbahn, S. 446. Die Stadt Abrahams und die Metallarbeiter, S. 447. Vom Rennfeuerchen zum 1000-Tonnen-Hochofen, S. 447. Die Beschaffenheit guter Isolierbänder, S. 448. Bekanntmachung, S. 448.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich Samstags (Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapel tor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Donnerstags abends 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die 4gespaltene Millimeterzeile für Arbeitssuchende 20 Goldpf. für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Unerlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. Verlag: Franz Wieber, Duisburg. Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H. (Echo vom Niederrhein u. G. Köllen), Duisburg.